




8. Heft | 29. April 1915

AUGUST WINNIG · UNSER ZENTRALORGAN

E mehr sich der Krieg in die Länge zieht, desto mehr heischt das absonderliche Verhältnis des Zentralorgans zur Partei und ihrer Politik unsere Aufmerksamkeit. In den ersten Monaten, da es sich herausstellte, daß der Vorwärts die Haltung der Fraktion nicht billigte, mochte man sich mit der Hoffnung auf einen baldigen Frieden über diesen unbehaglichen Zustand hinwegsetzen. Der Friede würde bald Gelegenheit bieten die hier notwendige Einheitlichkeit der zentralen Vertretung der Partei und ihrer Politik wiederherzustellen. Zunächst konnte man auch den Einwand hinnehmen, daß die Haltung der Fraktion und der zentralen Parteikörperschaften doch erst die Billigung der Parteigenossen erhalten müsse, ehe man ihre Geltung auch für das widerstrebende Zentralorgan durchsetzen könne. Inzwischen sind fast 9 Monate ins Land gegangen. Noch immer umklirrt der Lärm der Waffen des Landes Grenzen, und noch immer erschließt sich keine Hoffnung auf Frieden. Da erhält die Sache denn doch allmählich ein anderes Gesicht.

Was zur Not für einige Monate zu ertragen war, ist zu einem peinlichen Übelstand geworden und wird es täglich mehr. In diesen 9 Monaten hat jedoch auch der Einwand, daß die Politik der Fraktion die Billigung der Genossen nicht gefunden habe, seine Geltung verloren. Allerdings hat noch kein Parteitag sprechen können. Aber die ganzen 9 Monate hindurch ist diese Politik der einzige Gegenstand der inneren Parteierörterungen gewesen, und es hat dabei wahrlich nicht an Bemühungen gefehlt die Masse der Genossen zur Desavouierung der Fraktion zu bewegen. Was ist das Ergebnis dieser Bemühungen gewesen? Man hat zwar kleine Zirkel von Parteimitgliedern für die Ansichten der Minderheit gewonnen, aber die Masse der noch im Land weilenden Parteigenossen denkt gar nicht daran diese Beschwörungen anders als mit einer ablehnenden Handbewegung abzutun. Und die Parteigenossen an der Front? Ich kenne ihre Stimmung aus vielen, vielen Briefen. Ganz gewiß sucht man in ihren Äußerungen vergeblich nach einer Kriegervereinsbegeisterung, ihre demokratischen und humanitären Ideale geben unsere Genossen auch im eisernen Wirbelsturm des Krieges nicht auf; aber in überwältigender Fülle finden wir dort Äußerungen der Freude und Genugtuung über die Haltung der Partei und daneben des Unwillens und der Mißbilligung über die herausfordernden Kundgebungen einzelner Wortführer der Minderheit. In diesen Tatsachen liegt die Billigung der Kriegspolitik unserer zentralen Parteikörperschaften, die ein kommender Parteitag nur noch besiegeln kann.

Aus diesen Gründen kann man heute mit gutem und sicherm Recht auf die Selbstverständlichkeit dringen, daß die Politik der Partei auch von ihrem Zentralorgan vertreten wird. Der gegenwärtige Zustand ist auf längere Dauer unerträglich, weil er der Partei unwürdig und natürlich in hohem Maß schädlich ist. Der Vorwärts ist nun einmal das einzige deutsche Parteiblatt, das im Ausland gelesen wird. Da er sich nicht dazu entschließen kann die Parteipolitik zu vertreten und zu rechtfertigen, so erfährt man im Ausland über unsere Haltung und unsere Beweggründe überhaupt nichts weiter als was die Parabellum- und Homoleute berichten. Infolgedessen gelten wir bei den Genossen des Auslands als die »Imperialisten« und »Knechte des Kaisertums«; darum schimpfen die Parteiblätter des Auslands unsere Reichstagsfraktion »charakterlos«, sagen ihr, daß sie dem Parlamentarismus die »tiefste Schmach« zugefügt und »politisch abgedankt« habe; darum wird die deutsche Sozialdemokratie von den Genossen des Auslands durch alle Gossen gezerzt und zum Scheuel und Greuel gestempelt. Es ist richtig, die französischen Genossen würden in ihrer Gereiztheit und Überspanntheit vielleicht auch bei einer andern Haltung des Zentralorgans nicht den Weg zum Standpunkt der Gerechtigkeit finden, der an uns ungetadelt läßt, was sie selber für sich als selbstverständliche Pflicht ansehen; aber sie und alle anderen ausländischen Genossen, die jetzt über uns herfallen, müssen in der Haltung des Zentralorgans unserer Partei ja nicht nur eine Rechtfertigung ihres Verhaltens gegen uns erblicken sondern geradezu eine Aufforderung ihrerseits die Kritik zu besorgen, an der das Zentralorgan durch den Kriegszustand gehindert ist. Es ist nutzlos mit den Genossen des Zentralorgans über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Politik der Partei zu streiten. Aber vielleicht ist es nicht nutzlos ihnen zu sagen, daß sie die ganze deutsche Sozialdemokratie recht schwer schädigen, indem sie das Ansehen der Partei bei den ausländischen Genossen herabsetzen. Und vielleicht verschließen sie sich auch der Einsicht nicht, daß das Zentralorgan durch seine Haltung und deren Wirkung im Ausland gerade das gefährdet, was ihnen jedenfalls sehr am Herzen liegt: die Wiederherstellung guter internationaler Beziehungen. Wir können uns zu einer neuen Internationale doch nicht etwa auf dem Weg zusammenfinden, daß die deutsche Sozialdemokratie in Sack und Asche für die Vermessenheit büßt das gleiche Recht zur nationalen Selbstbehauptung beansprucht zu haben, wie die französischen und englischen Sozialisten, sondern, wenn überhaupt, dann nur in der gegenseitigen Anerkennung dieses Rechts. Die Haltung des Zentralorgans aber nährt und bestärkt die Auffassung der ausländischen Genossen, daß sich die deutsche Sozialdemokratie einer Todsünde gegen den Geist des internationalen Sozialismus schuldig gemacht habe und sich erst entschüden müsse, ehe sie der internationalen Freundschaft wieder würdig sei.

Man mag diese Schädigungen nicht allzu tragisch nehmen, da wohl die Hoffnung berechtigt ist, daß nach dem Krieg auch der nationale Paroxysmus der Vaillant und Hyndman weichen wird. Umso schwerer und sehr ernster Art sind die Hemmungen und Störungen, die der innerpolitischen Tätigkeit der Sozialdemokratie aus der Haltung des Zentralorgans erwachsen müssen. Denken wir doch an das, was nach dem Krieg kommt. Wir wollen und müssen nach dem Krieg mit der Ächtungspolitik aufräumen, wir wollen und

müssen anständige Wahlrechte zu den Parlamenten der Einzelstaaten durchsetzen, um nur dies zu sagen. Man wird der Masse des Volkes, die bisher mindern Rechts war, die Gleichberechtigung nicht versagen können, nachdem sie in der Stunde der Gefahr die gleichen, großen Opfer gebracht hat. Der Schlagkraft dieses Arguments kann sich niemand entziehen. Steht es aber nicht zu erwarten, daß man uns dann von gegnerischer Seite nicht nur die Äußerungen der Minderheitswortführer sondern auch die Haltung des Zentralorgans der Partei vorhalten wird, um damit die Wucht dieses Arguments zu vermindern? Darin kann doch aber unmöglich die Aufgabe des ersten Blattes der Partei bestehen.

Sehr bedenklich erscheint der gegenwärtige Zustand vom Standpunkt der gewerkschaftlichen Interessen. Es ist leider eine Tatsache, daß das Zentralorgan der Partei das Vertrauen der Gewerkschaften schon lange eingebüßt hatte. Es hatte in wichtigen Fragen versagt, in anderen hatte es sich ohne sachlichen Grund in Opposition zu den Organisationsleitungen gestellt, es lehnte innerlich das deutsche Gewerkschaftssystem entschieden ab und konnte nie ein wirkliches Verhältnis zu den Gewerkschaften finden. Das alles ist ohne jeden Reiz der Neuheit, es ist immer von den Gewerkschaftsführern als störend empfunden und beklagt worden. Die Kriegszeit hat die innerliche Entfremdung des Zentralorgans vom deutschen Gewerkschaftswesen der ganzen Öffentlichkeit sichtbar werden lassen. Ein solcher Zustand, wo das Zentralorgan der Partei in so ausgesprochener und scharfer Opposition zum ganzen Gewerkschaftswesen und zu seiner ersten Vertretung steht, ist unhaltbar, von allem andern abgesehen. Heute arbeiten im ganzen Land die Organisationen, in Berlin die zentralen Vertretungen der Partei und der Gewerkschaften einträchtig und erfolgreich mit einander, und das Zentralorgan der Partei steht den Gewerkschaften kühl und ablehnend, ja nahezu feindlich gegenüber. Soll das noch so weiter gehen?

Selbst wenn sich das Zentralorgan nicht entschließen konnte den deutschen Standpunkt so zu vertreten wie es die Temperamentvolleren unter uns wünschten, so hätte sich ihm eine große und schöne Gelegenheit geboten der Sache des Volkes zu dienen, wenn es sich mit Eifer und Sachkunde der vielen Fragen der Kriegssozialpolitik angenommen hätte. An der führenden Stelle unter all den Kräften, die an der Förderung der Sozialpolitik der Kriegszeit arbeiten, wäre der Platz des Vorwärts gewesen. Unser Zentralorgan wäre wie keine andere Zeitung berufen gewesen hier anregend und befruchtend zu wirken. Aber was sieht man, wenn man die Nummern seit dem Kriegsausbruch durchblättert? Häufig mehr große als verständige Worte und im übrigen Cliché: die offiziellen Mitteilungen und Verordnungen. Es mag sein, daß trotzdem nichts versäumt wurde, da das Korrespondenzblatt der Generalkommission die wirtschaftlichen Interessen der breiten Masse in glänzender Weise verfocht. Aber dadurch wird das Versagen des Zentralorgans nicht aufgehoben. Die meisten Menschen und leider auch die Genossen vom Vorwärts haben keine Ahnung, wie ausgedehnt die Tätigkeit der Gewerkschaften auf diesem Gebiet ist, was für die Arbeitsvermittlung geschieht, was die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen für Regsamkeit und Umsicht erfordert, wie hier die eine Aufgabe immer die andere ablöst. Dieser ganze Strom rauscht an unserm Zentralorgan vorüber, und es findet höchstens ein größeres Interesse daran, wenn diese oder jene Einzelheit,

wie etwa die Beteiligung an den Aufklärungskursen über Volksernährung, Gelegenheit zur Befruchtung des Krakeels bietet.

Es ist wohl anzunehmen, daß auch der normale Verkehr der gewerkschaftlichen Organisationen mit den Behörden, wie er sich unter dem Druck des Kriegs mit herausgebildet hat, von dem Zentralorgan mit unwilligen Blicken beobachtet wird. Das muß und wird den Gewerkschaften natürlich gleichgültig sein. Aber nicht gleichgültig ist ihnen, daß die Möglichkeiten eines größern Einflusses, wie sie sich hieraus für Gegenwart und Zukunft ergeben, durch die Haltung des Zentralorgans in Frage gestellt werden. An der Neuorientierung der Politik, die wir für die Zukunft erwarten, haben auch die Gewerkschaften ein nicht geringes Interesse. Es ist uns sehr viel daran gelegen einen Zustand zu beseitigen, bei dem organisierte Arbeiter in Staatsbetrieben nicht geduldet werden, die Hetzer gegen das Koalitionsrecht in den Regierungskreisen allzeit offene Ohren finden, die Förderung der Gelben zu den Staatsaufgaben gerechnet wird.

Höchstwahrscheinlich wird das Streben der Gewerkschaften als die gegebene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt zu werden auch nach dem Krieg auf starken Widerstand einflußreicher Leute stoßen. Selbst der wohlwollendste Beurteiler wird nicht behaupten wollen, daß die Arbeit unseres Zentralorgans in der Wirkung oder auch nur in der Absicht auf Abschwächung dieses Widerstands gerichtet ist. Die Haltung des Vorwärts ist im Gegenteil dazu angetan diesen Widerstand zu stärken und den Gewerkschaftsfeinden die Waffen zu liefern, mit denen sie unsere berechtigten Ansprüche niederschlagen können. Das Zentralorgan hilft uns nicht nur nicht, sondern es wälzt uns Steine in den Weg.

Dessen klage ich unser Zentralorgan an. Wir müssen verlangen: Wenn es schon keine Laternen anzündet, so soll es wenigstens auch keine einwerfen.

Es wäre freilich sehr unverständig, wollte man erwarten, daß man die Genossen vom Zentralorgan von der Schädlichkeit dieses Zustands überzeugen könnte. Die Art und Weise, wie sie andersdenkende Parteimitglieder behandeln, zeigt ein solches Übermaß von Verblendung und Rücksichtslosigkeit, daß man alle Hoffnung aufgeben muß. Es bleibt uns heute nur übrig auszusprechen, was ist: Unser Zentralorgan hat gerade in der Zeit versagt, wo die Partei und die Arbeiterklasse seiner Dienste am dringendsten bedurfte, es steht heute als ein Fremdkörper in der Bewegung, von deren Vertrauen und Achtung es getragen sein sollte.

XX
**MAX SCHIPPEL · DEUTSCHLAND, ENGLAND
 UND RUSSLAND**



EN zeitweilig wieder recht lebhaft sich gestaltenden Presseerörterungen zum Friedensschluß, die in unseren sozialdemokratischen Blättern meist einfach die Überschrift Ost oder West? trugen, scheint abermals keine lange Lebensdauer beschieden zu sein. Die eine Richtung bleibt zwar dabei: sie habe sich verpflichtet gefühlt still wirkenden, aber doch deutlich erkennbaren Einflüssen entgegenzuarbeiten, die ein kurzzeitiges und schädliches Sonderabkommen mit Ruß-

land anstreben. Ebenso überzeugt und unerschüttert versichert uns jedoch die Gegenseite: sie habe nur deshalb das Wort ergriffen, weil ein übereilter, Deutschlands dauernde Entwicklungsinteressen gefährdender Sondervertrag mit England tatsächlich eine Zeitlang zu befürchten gewesen sei.

Greifbare Unterlagen sind weder für diese noch für jene Behauptung hervorgetreten, so daß es ein müßiges Beginnen wäre dem wahren Sachverhalt nachforschen zu wollen. Dagegen bietet die unsichere, von außen her und durch gangbare Schlagworte nur allzu leicht zu beeinflussende Haltung unserer Parteipresse eher Anlaß zu einigen Betrachtungen, die vielleicht für die Zukunft eine klarere und unabhängigere Stellungnahme vorbereiten und fördern können.

NOCH vor gar nicht langer Zeit wußte unsere Parteipresse, fast ohne Ausnahme, überaus treffende Worte über die englische Politik zu finden, die sich seit Jahren zum Mittelpunkt der deutschfeindlichen Koalition und schließlich der unaufhörlichen, unerträglichen Kriegsgefahr herausgebildet hatte. Es wäre lohnend über alle diese sozialdemokratischen Anklagen und Urteile bei Gelegenheit einen geordneten Überblick zu geben¹⁾, weil man sonst nächstens schon auf die Anschauung stoßen wird, daß eigentlich nur Kreuzzeitungsreaktionäre und Tageszeitungsagrarien nicht probritisch zu fühlen vermögen. Ging diese frühere Erkenntnis so wenig tief, war sie nur so äußerlich angeflogen, daß man plötzlich alles ehemals Gesagte wie eine unverständliche oder unehrliche Einbildung anderer beiseite schieben kann?

Ohne sich zu irgendwelcher Verwahrung verpflichtet zu fühlen, drucken beispielsweise manche Parteiblätter die seltsame Kundgebung eines »hervorragenden Diplomaten einer großen neutralen Macht« ab:

»England ist der einzige Freund, den Deutschland heutzutage besitzt . . . Das von England stets gesuchte Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Festlande ist da. Die Wage des Krieges steht im Westen wie im Osten: keiner dringt vor, keiner geht zurück — und das Weltmeer steht zu Englands alleiniger Verfügung . . . Ich glaube, seit der Erreichung seines nächsten Zieles ist der englische Kaufmann sowieso nur mehr mit halbem Herzen bei der Sache. Gewiß müßte das deutsche Volk manches seiner Ideale im Stiche lassen. Manches Opfer müßte gebracht werden, doch würden herrliche Entschädigungen auf anderen Gebieten ihm als Früchte seiner Siege zufallen.«²⁾

Vor allem gerade in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft müßte diese Verleugnung aller Internationalität, weil aller internationalen Gleichstellung und Gleichberechtigung der Völker zur See, diese sonderbare Anpreisung der Alleinherrschaft, der absolutistischen Despotie auf den Weltmeeren die bittersten Gefühle und die schärfsten Proteste auslösen. Und es ist wirklich kein Einwand gegen solche Auflehnung, wenn Parteiblätter ihre zwar sehr wohlgemeinten, aber mindestens sehr voreiligen Angriffe gegen die weniger Vertrauensseligen triumphierend mit den Worten schließen: »Der künftige Frieden, der ja doch einmal geschlossen werden muß, wird in erster Linie ein Frieden zwischen Deutschland und England sein!« Selbstverständlich, und zwar von jedem Standpunkt aus: eben weil in England der Knoten geschürzt wurde, der schließlich doch einmal

¹⁾ Siehe darüber auch Poetzsch Der Krieg und die sozialdemokratische Presse, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 1109 ff.

²⁾ Diese Äußerungen erschienen zuerst in der Berliner Tagespresse vom 15. April 1915.

sich lösen soll. Selbstverständlich auch, weil niemand an eine 30jährige oder gar ewige Kriegsfortsetzung denken wird, selbst wenn er in England noch so sehr den »Hauptfeind« erblickt.

Aber das Wesentliche ist doch, wie der Friede allein aussehen darf, wenn er nicht einer glatten Einsargung oder immerhin einer vieljährigen Vertagung aller berechtigten deutschen Hoffnungen und Bestrebungen gleichkommen soll. Sollen wir, ein Welthandelsland, das in allen seinen Lebensadern unlösbar mit dem Weltmarkt und den Weltmeeren verwachsen ist, nach allen den Strömen bereits geopfertem Blutes wiederum hilflos und von allen Zufuhren und Ausfuhren abgeschnitten dastehen, falls wir später von neuem, unseren eigenen Interessen folgend, das englische Mißfallen zu erregen drohen? Wenn man uns jetzt »herrliche Entschädigungen auf anderen Gebieten«, offenbar koloniale Erwerbungen etwa nach der Art des Kongostaats, in lockende Aussicht zu stellen sucht, welche hochherzige Selbstentäußerung Englands: Landstriche unter der Hand anzubieten und zu verschenken, die gar nicht ihm selber, vielmehr seinen anfangs so warmherzig verteidigten Bundesgenossen gehören! Ferner jedoch: Was nützen uns überseeische Besitzungen, die, wie Kiautschou oder Samoa oder Neuguinea, nach allem Aufwand von Kapital, Arbeit und Menschenleben, uns beim ersten Stirnrnzeln Englands wieder aus der Hand gleiten und dem ersten besten, falls er sich der englischen Bundesgenossenschaft erfreut, als willkommene Beute in den Schoß fallen? Wenn man uns großmütig alle Erstgeburts- und Vorkaufsrechte auf das alte verfallene portugiesische Kolonialreich oder auf die reichen holländischen Kolonien einräumte, welchen Anlaß hätten wir zu frohlocken, wenn englische Geschwader oder die Flotten Australiens und Japans jederzeit das territoriale Schicksal West- und Ostafrikas oder Inselindiens beherrschten? Würden wir unter dem verstärkten Druck solcher kolonialen Rücksichten uns nicht mehr denn je in allen großen weltpolitischen Fragen zu einer abhängigen, eigenwillenlosen Vasallenstellung gegenüber England, zu einem zweiten Portugal herabgedrückt sehen? Wer die englische Politik mit ihren Machtmitteln und ihrem Machtgebrauch bisher noch nicht kannte, muß sie durch den großen Völkerkrieg nunmehr doch endlich, mit ihrer rücksichtslosen Handelskriegführung und Aushungerungstaktik daheim, mit ihrem abgekürztesten Annektierungsverfahren übersee genügend kennen gelernt haben.

Mit anderen Worten: Die Drehachse jedes wirklichen, nicht nur vorläufigen sondern auf die Dauer berechneten Friedensschlusses mit England bildet nicht nur der ungeschmälerte Fortbestand der deutschen Seegeltung, die bislang gerade kümmerlich genug war, sondern die Wahrung der freien oder doch (im Fall gegenseitiger Flottenvereinbarungen) die Wahrung einer genügend sichergestellten künftigen Flottenentwicklung Deutschlands. Was die deutschen alten Achtundvierziger in ihren ersten imperialistischen Jugendträumen ersehnten, was sie in ihrer Ohnmacht zähneknirschend schon in den ersten Keimen wieder dahinschwinden sahen, das können ihre Nachfahren heute nicht freiwillig und ohne Not preisgeben wollen.

Gerade hier aber wäre der ungenannte neutrale Vermittlungsdiplomate

einer großen Täuschung verfallen, wenn er sich etwa als befriedigendes internationales Zukunftsprogramm vorstellen sollte, »keiner dringt vor, keiner geht zurück — und das Weltmeer steht zu Englands alleiniger Verfügung«. Auch Indianer haben mit Engländern und anderen Weißen die Friedenspfeife geraucht, dabei allerlei Tand als Freundschaftszeichen eingetauscht, und doch wurde ihnen sehr übel darnach. Die Zeremonie der Kriegsbeendigung tut es also wahrhaftig nicht, sondern der Inhalt der neuen Vereinbarung, die auf Jahrzehnte und vielleicht auf Menschengenerationen hinaus über die wirkliche wirtschaftlich-internationale Gleichberechtigung zweier großer Kulturstaaten oder über die offene maritime Alleinherrschaft des einen und die mehr oder weniger verkleidete Zurückdrängung und Unterwerfung des andern Volkes entscheiden soll.

Selbstverständlich also, um es nochmals zu wiederholen: Wir wollen den Frieden mit England. Aber unsere Opfer und unsere Erfolge haben uns das Recht errungen und damit zugleich die Pflicht auferlegt jeden Vermittlungs- und Verständigungsversuch abzulehnen, der, wie nach den Andeutungen des »neutralen Diplomaten«, Deutschlands wirtschaftliche Zukunftsbedürfnisse unterdrückt und einschnürt. Auch die sozialdemokratische Parteipresse dient dem Frieden am besten, wenn sie (bei allen Meinungsabweichungen wegen der denkbaren praktischen Friedenseinzelheiten) über diese notwendige grundsätzliche Stellungnahme keinerlei Zweifel auftauchen läßt.



UMGEKEHRT wäre es zielführender, wenn man gen Osten, bei den hier gleichfalls nicht fehlenden Friedenserwägungen, sich etwas weniger auf das starrköpfigste Unmöglich! versteifen wollte. Neuerdings hat sich in einigen unserer Parteiblätter ein derart hochmütiges und verletzendes Absprechen selbst über alle unbestreitbaren russischen Gesamtinteressen festgesetzt (und solange Rußland lebt, wird es eben, genau wie England oder Frankreich oder jeder andere Staat, niemals ohne, auch von uns nicht einfach vollkommen zu ignorierende Interessen sein), daß man nur mit den schlimmsten Befürchtungen dem Fortgang von Friedenserörterungen entgegensehen könnte, die in solcher Weise eingeleitet werden.

An sich schon ist diese, bereits zur Marotte gewordene grundsätzliche Ablehnung sogar jeder Verständigungsmöglichkeit ein befremdender innerer Widerspruch bei Parteigenossen, die sonst in allen auflodernden Völkerkämpfen immer nur künstlich-niederträchtig erzeugte, durch sympathische Besprechungen jederzeit leicht zu kurierende internationale Störungen erkennen wollen. Nachgerade läßt der alte unauslöschliche Haß gegen den Zarismus und das russische Regierungssystem mehr und mehr ganz übersehen, daß es in Rußland durchaus nicht nur »einen Zaren und seine Henkersknechte« gibt, sondern daneben gewissermaßen auch noch ein russisches Volk, eine russische Volkswirtschaft, eine russische Gesamtentwicklung, die sogar das Grundlegende und Bleibende in der russischen Geschichterscheinungen Flucht darstellen, während der Zarismus sich nur als eine vergängliche äußerliche Umkleidung darüber legt. Man verschließt bei uns allmählich vollständig die Augen und jede vernünftige Überlegung dagegen, daß gerade in der auswärtigen Politik Rußlands die meisten und

einschneidendsten Streitfragen die gleichen bleiben würden, einerlei ob einem zarisch-absolutistischen oder einem bürgerlich-liberalen oder sonst welchem Regiment die Fortführung und schließliche Lösung dieser Probleme zufällt. Wen trifft man also mit der unbedingten Gegnerschaft gegen jedes außenpolitische Zugeständnis und Entgegenkommen: das russische Volk, die russische Gesamtentwicklung und Volkswirtschaft, oder lediglich einen, abgesondert für sich lebenden asiatisch-despotischen Regierungsapparat? Auf den Schlachtfeldern Polens muß es wohl oder übel selbst der Blindeste mit dem Stock fühlen, daß wir, wenn wir noch so einfach bloß nach dem Zaren zu schlagen meinen, doch zugleich das russische Volk in Zehntausenden und Hunderttausenden tödlich treffen: obwohl manche unserer Parteiblätter selbst diese international gewiß nicht erfreuliche Tatsache mit unerschütterlichem Gleichmut hinzunehmen scheinen, so daß die endlose Fortsetzung eines solchen »Kampfes gegen den Absolutismus« unbehelligt weiter erfolgen könnte. Bleibt es inmitten der beginnenden Friedenserörterungen bei einer solchen, ganz unbegreiflichen politischen Tatsachenblindheit, so würde gerade die internationalste deutsche Partei sich rettungslos in einen ganz unmöglichen dauernden Gegensatz zum russischen Volk hineintreiben lassen. Kann das gegen Osten unsere Friedensförderung sein?

Auch hier mögen ein paar bestimmte Beispiele die Sachlage besser erläutern als lange allgemeine Darlegungen. Ist das russische Streben nach den Siedlungsgebieten und den pazifischen Häfen des asiatischen Ostens, ähnlich wie seinerzeit der ostküstenstaatliche nordamerikanische Drang nach den Indianerländern des mittlern und fernern Westens, naturgemäß aus der russischen Innenentwicklung herausgewachsen, oder ist es nur durch den Zarismus naturwidrig-künstlich der innerlich widerstrebenden russischen Entwicklung aufgeproppft? Wer sich hier dem Zarismus zum »Kampf auf Tod und Leben« entgegenwirft, macht er sich, wie ein Befreier von ungesunden Auswüchsen, die entscheidenden agrarischen und industriellen russischen Volksschichten zu Freunden, oder fordert er nicht geradezu ihre bitterste Verfeindung heraus? Wenn der russische Süden, der ungeheure eigenproduzierte und von den Innenprovinzen übernommene Warenmengen nach dem Weltmarkt zu exportieren und kaum minder große Mengen einzuführen hat, nach einem freieren Ausgang zu den Weltmeeren verlangt, verletzen wir mit unserer starren Verneinung, die kaum durch deutsche Lebensinteressen geboten erscheint, ein volkstümlich-volkswirtschaftliches Interesse, das wir sonst bei jeder andern Nation, oft im Übermaß, zu würdigen wissen; oder verwunden wir nur ein »wahnverstiegenes Selbstgefühl des russischen Absolutismus«? Wenn Rußland für die uralten Handelsstraßen zwischen Kaspiem und Schwarzem Meer die Verlängerung und Ausmündung nach dem Persischen Golf gesichert und unter Umständen unter russische Schutzherrschaft gebracht sehen will, haben wir irgendwelchen triftigen Anlaß dieser Verkehrs- und Handelspolitik irgendwie weniger Gehör zu schenken als ähnlichen Bestrebungen anderer Völker, nur weil Rußland durch eine zarische Regierung zum Ausland spricht und weil man im Zarentum nicht Rußland selber zu treffen sich einbildet? Zu welcher Verfeindung und zu welcher Eigenschädigung müßten wir gelangen, wenn wir ein großes, reichbegabtes und reichsten Aufschwungs fähiges Volk von 130 Millionen Köpfen

(130 Millionen innerhalb der europäischen Grenzen!), ein Nachbarland, mit dem uns die längste Landesgrenze und der ausgedehnteste Nachbarhandel gemeinsam sind, nach einem solchen Verfahren glaubten behandeln zu können?³⁾

Ich predige keine schwächliche Nachgiebigkeit, gegen Rußland so wenig wie gegen England. Aber ein unbekümmertes Hinwegsetzen über alle russischen Entwicklungsinteressen wäre stets nur für eine kürzeste Zeitspanne denkbar, und in der Gegenwart nur dann, wenn die vernichtendsten Siege uns und Österreich-Ungarn zu Friedensdiktatoren emporgehoben hätten; und selbst dann wäre ein schrankenloser Übermachtgebrauch kurzsichtig für die Gegenwart und verhängnisvoll für die Zukunft. Ein vermittelnder Ausweg muß sich hier, so gut wie im Fall Englands, finden lassen. Wenn unsere Parteipresse, soweit sie gen Osten bisher noch immer ganz unzugänglich sich erwies, erst einmal sich gewöhnt haben wird bei Rußland mehr an das russische Volk und die russische politische und wirtschaftliche Gesamtheit zu denken und etwas weniger an den Zarismus und Absolutismus, so wird sie, so gut wie jede andere Parteirichtung, gleichfalls ihr Scherflein zur Völkerverständigung nach dieser Seite beizutragen vermögen.

Durch den K r i e g, falls er nicht in letzter Stunde noch alle Grundfesten des Ostreichs ins Wanken bringt, durch die gemeinsame militärische Abwehr nach außen, wird das alte russische Regierungssystem noch am ehesten gehalten. Dagegen bei langanhaltendem Frieden, der alle agrarischen und gewerblichen Bevölkerungsschichten in ihrer Lebenshaltung, ihrer Bildung und Selbstschätzung hebt, wird sich auch der Zarismus alten Stils am raschesten innerlich umformen und auflösen müssen. Warum sollten wir also nach dieser Seite alle unsere Friedensanschauungen verleugnen, soweit deutsche Lebensinteressen nicht auf dem Spiel stehen?



W AHREN wir also kühles Blut nach beiden Seiten, nach Osten wie nach Westen, und halten wir es bei der Friedensanbahnung, die an sich jeder von uns willkommen heißen wird, vor allem mit der umsichtigen Überlegung. Mit wem wir dann, die Gelegenheit für Sonderabkommen vorausgesetzt, »zuerst«

Frieden schließen, ist ganz nebensächlich, ist eine Frage der rasch wandelbaren militärisch-politischen Konstellation und des rasch zugreifenden diplomatischen Geschicks. Denn jedes Sonderabkommen nach einer Seite bringt selbstverständlich den Stein auch auf der andern in das gewünschte Rollen. An sich ist es natürlich auch denkbar, daß wir gerade mit dem »Hauptfeind« zuerst ein Einvernehmen erreichen: falls er es nämlich ist,

³⁾ Liberale Publizisten mit stark vorwiegender wirtschaftlicher Schulung halten sich daher gewöhnlich von den Einseitigkeiten der nebelhaften *Westkulturpolitik* fern. So schreibt B e r n h a r d am 19. April in der Vossischen Zeitung: »Wir dürfen doch nicht so tun, als ob Rußland für unseren Warenverkehr gleichgültig ist. Im Gegenteil. Rein wirtschaftlich betrachtet, gibt es kaum zwei Staaten, die sich so ausgezeichnet ergänzen wie Deutschland und Rußland. Wo gibt es, gerade wenn man annimmt, daß Rußland nach dem Kriege sich reformieren muß, einen glänzenden Absatz für die meisten Erzeugnisse unseres industriellen Gewerbetriebers als nach Rußland? Hier winken auf Jahrzehnte Chancen von unendlicher Größe. Hier ist ein wirtschaftlicher Gegensatz von Natur aus überhaupt nicht gegeben. Dagegen muß England nicht so sehr auf die Entwicklung der deutschen Industrie als ganz besonders auf die Weiterentwicklung des deutschen Handels dauernd mit scheelen Augen sehen. Wer der Anschauung ist, daß die ökonomischen Grundbedingungen des Völkerlebens nicht ganz ohne Einfluß auf die Entwicklung der Verhältnisse der Völker zu einander sind, kann daher unmöglich an größere Reibungsflächen zwischen Deutschland und Rußland als zwischen Deutschland und England für die Zukunft glauben.«


der zuerst den ganzen Ernst der gegenwärtigen Lage und der künftigen Möglichkeiten genügend fühlt. Wir dürfen ferner nicht aus den Augen verlieren, daß einem und dem selben diplomatischen Vorgang sehr wohl ganz verschiedene politische Absichten zugrunde liegen können. Schon deshalb bieten, mangels näherer Angaben, die jüngst umlaufenden, noch dazu ganz unverbürgten Gerüchte kaum einen genügenden Anhalt zu besonderer Er-eiferung.

Aber die mitunter etwas seltsamen begleitenden Preßäußerungen legen doch die Wiederholung der Mahnung nahe: Nicht auf die freundwillige beider-seitige Unterschrift sondern auf den Inhalt selber kommt es bei jedem Son-dervertrag an, nach Westen wie nach Osten. Und das Allertörichteste wäre es, wenn wir auf der einen Seite wirtschaftliche und deshalb grundlegende deutsche Entwicklungsinteressen preisgeben würden, um nach der andern Seite eine sachlich ganz überflüssige dauernde Verschärfung des Gegen-satzes zu unserm größten, wirtschaftlich uns unersetzlichen Nachbarvolk einzutauschen: beides lediglich zum Vorteil Englands.

Selbst wenn wirklich »neutrale Diplomaten« beliebt sollten plötzlich ein solches Friedensprogramm der britischen »alleinigen Verfügung« über das Weltmeer dem deutschen Volk als rettenden Ausweg und »herrliche« Er-rungenschaft anzupreisen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX'XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

KARL LEUTHNER · DER PLEBISZITÄRE KABI- NETTSCÄSARISMUS



HNE Ahnung der in menschlichen Gemeinschaften wirkenden Kräfte zerstäubt die rationalistische Auffassung der staatlichen Bildungsgesetze die Welt in abstrakt gleiche Menschenatome, die sie dann nach allgemeingültigen Regeln in dem vollkommenen Staat zusammenformen will. Aber wie aller Dogmatismus, der die Bürgerschaft der Wahrheit in sich selbst zu tragen vorgibt, lebt auch dieser von schlecht verdauten Erfahrungsresten. Die von Montesquieu schief ge-sehene, schief dargestellte englische Verfassung wurde zum Geist der Gesetze, und 5 Menschenalter hindurch hat geschwätziger Ungeist der Nachfahren dieses Beispiel nachgeahmt. Die Truglehre von der britischen Überlegenheit ist das Mittel einer Propaganda, die der kühnsten Verhim-melung alles Englischen ein breites Publikum und einen bereiten Glauben verschafft. So sehen wir heute in Büchern, die der derben Demagogie eines Lloyd George Weihrauch streuen, die schmetternden und donnern-den Versammlungsphrasen eines echt angelsächsischen Aufreizungsfeldzugs in Volksbeglückungsträume edler Menschenfreunde umdichten. Aus sol-chen Büchern und ähnlichen Kundgebungen steigt der fast religiös ge-färbte Wahn von einem britischen Himmelreich auf Erden empor, wo das Unterhaus in unendlicher Segensfülle den Gnadenthron aufgeschlagen hat, das Unterhaus, das Gott und Volk in einer Person, des Volkes selbstgeschaffene Allmacht, Selbstbeglückung und Selbstbefreiung glor-reich darstellt. 5 Menschenalter der Übertreibung und Übersteigerung haben an dieser konstitutionellen Pagode gegossen und gehämmert. Drüben in England aber ist es seit gut 2 Jahrzehnten ein Gemeinplatz, daß das

Unterhaus, wie Lord Salisbury 1894 in einem Brief sich ausdrückte, »in betreff der wichtigeren Fragen allmählich immer mehr an Macht verliert zwischen dem Kabinett auf der einen Seite und der Wählerschaft auf der andern. Die Macht, die das Kabinett hat, auf die verschiedenen Motive, die die Parlamentsglieder leiten, einzuwirken, ist so groß, daß die Mehrheit mehr und mehr zu einer blinden Maschine wird.«



ACH der übereinstimmenden Meinung der englischen Beobachter des britischen Verfassungslebens schwindet das Unterhaus aus dem Mittelpunkt der tätigen politischen Kräfte und macht der volkstümlichen, auf das Wahlplebiszit aufgebauten Despotie der 3 oder 4 führenden Kabinettsmitglieder Platz, die zu der ungeschriebenen, aber tatsächlichen Verfassung Großbritanniens wird. Wie es so emporwuchs und weiter wächst, das darzustellen könnte ein Buch, nicht ein Artikel unternehmen. Doch schon der oft gehörte Einwand, das Kabinett sei ja nichts anderes und nichts mehr als ein Ausschuß des souveränen Parlaments, das eben durch ihn regiere, kann einiges Licht über den Gegenstand verbreiten.

Das Kabinett ist sicherlich ein Ausschuß, jedoch nicht des Parlaments oder gar des Unterhauses sondern seiner jeweiligen Mehrheit. Es ist die regierende Parteileitung, ein Parteivorstand als Ministerium. Nun wird es aber sehr von Umständen abhängen, ob ein Parteivorstand die Vollzugsbehörde des Parteiwillens ist, das heißt der verhältnismäßig geringen, irgendwie organisierten Minderheit dieser Partei, die überhaupt einen Willen äußern kann, oder ob er umgekehrt die mit den Mitteln und Vorkehrungen der Seelenlenkung eingerichtete absolutistische Herrschergewalt eben dieses Ausschusses über Partei, Volk und Staat bedeutet. In England vereinigen sich alle Umstände den Führerdespotismus zu gestalten. In der herkömmlichen Parteizweiheit, die von den Iren und den Arbeitern im Wesen noch nicht verändert worden, und die durch das Entscheiden der relativen Mehrheit bei den Wahlen festverankert ist, ruht eine ganz ungeheure Geschlossenheit des parlamentarischen Parteiwesens. Und aus dieser ergibt sich fast alles übrige mit logischer Strenge von selbst. Der einzelne Abgeordnete ist als Mandatsträger an den Leumund seiner Partei schicksalsmäßig gekettet, und dieser ist fast ausschließlich von dem Eindruck abhängig, den die Regierungshandlungen im Volk hervorrufen. Kritisiert das gewöhnliche Fraktionsmitglied, so greift dies sein eigenes Mandat, seinen eigenen politischen Daseinsgrund an; es wird es in der Regel wohl bleiben lassen.

Das englische Unterhaus ist freilich der Gesetzgeber, aber auch der englische König hat teil an der Gesetzgebung; und beide in einer Weise, die sich als leere Förmlichkeiten einander immer mehr angleichen. Denn in Wirklichkeit werden alle Gesetze von Belang, und namentlich alle streitiger Natur, nach dem Wunsch und Willen des *innern Königs* im Kabinett entworfen, von den zugeteilten Beamten im einzelnen ausgearbeitet und hierauf von der gehorsamen Mehrheit des Unterhauses nach dem parlamentarischen Ritual durch Debatte und Abstimmung eingeweiht. Etwas Wesentliches und wesentlich Änderndes tritt im Unterhaus zu dem Regierungsentwurf nicht mehr hinzu. Kann die Mehrheit einschneidende Umgestaltungen an einem Antrag ihres Parteivorstands vornehmen, ohne ihm dadurch ein Mißtrauensvotum

zu erteilen? Und was die Opposition redet oder in Antrag bringt, ist lediglich aus dem Fenster hinaus gesprochen. Wer die Verfahrungsweisen der Parlamente aus eigenem Erleben kennt, weiß, daß die gesetzgebende Tätigkeit des Parlaments sich vor allem in den Ausschüssen, den Kommissionen vollzieht; diese bedeuten jedoch im englischen Parlament um so weniger, als sie von der jeweiligen Mehrheit völlig beherrscht werden. Immerhin könnte bei solcher Lage der Dinge die eigentlich gesetzgebende Gewalt im Schoß der Regierungspartei selbst liegen, und diese wäre der regierende Jakobinerklub mit dem parlamentarischen Drum und Drauf als zeremoniellem Beiwerk. Aber England ist weit entfernt davon durch Fraktionssitzungen regiert zu werden. Das Mehrheitsmitglied hat in der Regel an dem Werden der Vorlagen nicht mehr Anteil als ein Zugehöriger der Opposition. Die beiden großen englischen Parteien sind nicht von unten herauf gebaute, kunstreich in die Höhe gegipfelte Hierarchien mit starkem und fortdauerndem Eigenleben, mit einer kräftigen Bindung ihrer Mitglieder, mit einem weithin in alle Lebensäußerungen der Nation ausstrahlenden Lichtkreis von weltanschauungsähnlichen sozialen, politischen, sittlichen Forderungen, sie sind keine deutsche Sozialdemokratie, kein Zentrum. Eher könnte man sie als riesige Wahlmaschine bezeichnen, oder als die Kadern einer Wahlmiliz. Die Parteien haben bevorzugte Werbebezirke, wie die Liberalen in Schottland oder in Wales. Aber der große Aufmarsch bei den Wahlen selbst entscheidet. Die Wähler scharen sich nicht um ein Programm, das nur so weit nicht bloße Druckerschwärze auf Papier ist, als einer oder der andere der Leitsätze als Wahllosung lebendig wird und so in das Interesse an dem Wahlkampf sich verflücht, oder als er als ein Teil des lebendigen Aktionsprogramms der führenden Regierungleute oder der führenden Oppositionsmänner wirksam geworden ist. Darum kann man wohl sagen: die Führer wählen ihre Abgeordneten; denn auf ihren Namen und Kredit eigentlich sind sie, von örtlichen Einflüssen abgesehen, von der Wählermasse aus der Urne gehoben worden.

Danach wären der englische Premier und die 3 oder 4 Mitkonsuln des Innern Kabinetts gleich dem amerikanischen Präsidenten die Erwählten der Nation? Sie sind es. Aber sie empfangen eine höhere Vollmacht als jener, weil das sie erhebende Plebiszit in der Form der Wahl einer Parlamentsmehrheit geschieht, die dem Kabinettslenker oder den Kabinettslenkern als unbeschränkten Herren und Meistern eine zarenleiche Verfügungsfreiheit über Gesetzgebung, Verwaltung und äußere Staatslenkung erteilt, und weil die in Amerika wirksamen Gegengewichte der fast regierungsmäßige Tätigkeiten ausübenden Ausschüsse des Kongresses mangeln. Dieses Plebiszit entbehrt überdies, denn es ist eben ein verstecktes und uneingestandenes, jeder gesetzlichen Sicherung. Es hat nicht unverbrüchlich gesetzte und wiederkehrende Fristen, sondern das herrschende Kabinett selbst stellt in dem ihm genehmen Augenblick die Frage an die Wählerschaft. Es kann bei der Wahrnehmung des Zeitpunkts fehlgreifen und von dem aufgeweckten Schläfer einen unsanften Willkomm empfangen. Allein sicher ist, daß diese Methode der Befragung jede Spur der Selbstregierung des Volkes auslöscht, da die Wahlen sich in der Regel aus den Aufregungen der letzten Wochen heraus und mit der Einschränkung des Wahrspruchs auf bestimmte Losungen vollziehen und die Antwort nie oder doch sehr selten der Gesamtform der Regierungs-

methode gilt. Und will man, wie Salisbury und andere, den Cäsarismus des Kabinetts aus der Souveränität des Volks ableiten, so ist doch diese Souveränität des wahlberechtigten Volksteils, an den das Unterhaus den besten Teil seiner Vollmachten abgetreten hat, durch zwei tief in das englische Leben eingreifende Gewalten eingeschränkt und verfälscht: die eine ist die Eigentümlichkeit der britischen Sinnesart, die ihre Bewunderer als die *verecundia*, die hochherzige Ehrfürchtigkeit des Engländers zu bezeichnen belieben, die andere ist die von der vollständigen Verstärkung des Volkes getragene Allmacht der Presse. Ein Blick auf die Personenlisten der derzeit regierenden, stark demokratisch schillernden Partei, deren Redner sogar nicht verschmähen gelegentlich chartistische Wahlöne vernemen zu lassen, verleiht die tröstliche Gewißheit, daß für den regierenden Gentleman in England die Götterdämmerung nach menschlichem Ermessen noch recht lange auf sich warten lassen wird. Der englische Arbeiter, meinte einmal Schulze-Gaevernitz, könnte jeden Tag, wenn er wollte, nach australischem Vorbild selbst ans Steuer des Staates treten. Wahrscheinlich, allein er will eben nicht. Er hat wie der Engländer der Mittelklasse noch immer sein harmloses Vergnügen an Wahlwerbem, die einen schönen väterlichen Namen und, neuerdings besonders ein schönes väterliches Portemonnaie geerbt haben, durchweg gute Kinderstube verraten und entweder durch Begabung und früh geweckten Anteil oder durch einen mit gesellschaftlichem Ehrgeiz veredelten Müßiggang in das politische Leben hineingezogen werden. Weil jedoch diese Gentlemen noch immer einen sehr beträchtlichen Teil der britischen Gesetzgeber ausmachen, so bildet ihre Gemütsart und bilden ihre Lebensformen und geselligen Gewohnheiten bis zur Stunde, mit Lassalle zu sprechen, ein sehr beachtliches Stück der wirklichen Verfassung. Die Lebensgeschichte erfolgreicher englischer Parlamentarier lehrt, daß man der Mutter der Parlamente mindestens ebenso leicht auf die Schultern klettern kann, wenn man der bevorzugte Liebling, junge Freund, Verwandte führender Parlamentarier ist und auf ihre helfende Hand sich stützen darf, als wenn man dem Hause die Mitternachtssitzungen durch ciceronianischen Ohrenschausmaus lieblich kürzt. Was nun gar die große Londoner Presse anlangt, so wird jeder Deutsche, nach der Belehrung, die ihm die Vorgeschichte des Weltkriegs und der Kampf um die Seele der Neutralen vermitteln, ohne viel Überredung glauben, daß sie, die sich als eine Weltmacht ersten Ranges entpuppte, daheim ein Volk unschwer am Narrenseil führen mag, dessen Massen nicht eingehegt sind durch die geistigen Schutzmauern von Weltanschauungsparteien. Man hört in England oft das Urteil, es hätten in den letzten beiden Jahrzehnten weit mehr Regierungsvorlagen unter der Kritik der Zeitungen als durch die Aussetzungen der Parlamentsredner ihre Gestalt abgewandelt, und es sei für einen Abgeordneten, der wirken wolle, oft das Rätlichste seine polemische Weisheit lieber den Spalten eines großen Blattes anzuvertrauen als sie in der Debatte nutzlos zu vergeuden. Ist dem so, dann wäre die parlamentarische Verhandlung eines Gesetzentwurfs eigentlich praktisch genommen die Zeit, wo die große Meinungs- und Wahlmacherin Presse Gelegenheit findet den 3 oder 4 regierenden Konsuln ihre Wohlmeinung dringend ans Herz zu legen, was diesen stets von Wahlorgen umdüsterten Herzen leicht einen zustimmenden Nachhall entlockt. Doch daß bekanntermaßen ein erheblicher Teil der großen Presse vertrautet in den Händen einiger Kapitalmagnaten liegt, ist nun wiederum kaum als eine Bürgschaft

der Unbefangenheit solcher gesetzgestaltenden öffentlichen Meinung zu betrachten.

Wenn sonach die regierenden Konsuln Englands weniger als Führer des Parlaments denn als Erwählte der Nation herrschen (dabei, wie nun einmal die Wahlgänge laufen, oft eher den zeitweiligen Günstlingen einer launischen Despotin als den Dienern eines aufgeklärt absolutistischen Herrn in ihrem Aufstieg zur Macht zu gleichen scheinen), so hat die Unumschränktheit ihrer Gewalt im Parlament selbst nur dürftige und schwache Widerstände zu fürchten. Die eigene Mehrheit ist entweder durch Interessengemeinschaft zahm und mundtot gemacht, außerdem jederzeit durch die Wahldrohung einzupreitschen, die etwaigen Hilfstruppen sind an dem Köder einer oft für mehrere Sessionen ausreichenden Lockvorlage festgebissen. Bleibt die Opposition. Aber deren Kritik ist ja Beruf, hat wenig mit Wert und Inhalt und sehr viel mit der wahlmacherischen Seite der Regierungsvorlage zu tun. Dennoch bildet natürlich die Opposition und die Vorstellung, daß mit jedem Übergriff und Fehler der Regierung deren Hoffnungen auf Ablösung steigen, schließlich die eigentliche Schranke des Kabinettsabsolutismus, den lebensvollsten und wertvollsten Teil der parlamentarischen Verfassung englischen Gepräges. Nur ist auch da ein Aber. Gibt es bloß zwei Parteien, die abwechselnd die Regierung innehaben, so ist eine Gesinnungswahl überhaupt unmöglich; der Wähler bezeichnet mit seiner Stimme nicht Staatszustände, die er wünscht, sondern einzelne Personen, denen er mehr und Besseres zutraut als anderen, und die Reformen und Maßnahmen ihrer Wahlverheißungen. Und dieser Nuropportunismus durchsäuert vom Hefesatz der Wahlen aus das ganze parlamentarische Getriebe, Regierung und Opposition. Ein noch nicht zur Regierungsfähigkeit geklärter Radikalismus, so sehr er, in großen Parteien zum Dogmatismus verhärtet, das gefährlichste Hemmnis eines fortschreitenden Volkes werden kann, bildet in irgendeiner Form vorhanden eine Leben erhöhende Kraft. Er bringt zwar stets etwas Unwirkliches mit, das sich nirgends seltsamer ausnimmt als in dem Geschäftsbetrieb der Vertretungskörper, und er mißt das unvermeidlich Allzumenschliche des Regierungsbetriebs an seinem überlangen Zollstock des Ideals. Doch in seinen Übertreibungen findet die Wahrheit, findet das Volksschreien, das richtende Volksgewissen noch am ehesten Platz, und nicht in den Fechterkünsten oppositioneller Regierungsanwärter, deren Kritik zwischen zwei Magneten pendelt: dem Wunsch die Wählermassen demagogisch-anklägerisch aufzurühren und dem Bedenken, daß man morgen selbst die Karre wird weiterschieben müssen und darum sie nicht zu tief in den Dreck stoßen darf. Kein Vertretungskörper, der schließlich fürs Praktische und für den Alltag der Nation da ist, kann leben, wenn dieser, dem Geist der Wahlmache wundersam verbrüderter Geist des Geltenlassens und Zugestehens nicht in ihm vorherrscht. Allein daneben sollte ab und zu und in großen Augenblicken ein Geist laut werden, der nicht von dieser Welt ist und darum allein diese Welt verbessern kann. In einem echt parlamentarischen Zweiparteienhaus findet ein solcher Geist weniger als sonst in der Welt eine Heimstätte. Und doch hält bei all ihrer innern Leere die Kritik der Gegenpartei das Ganze in einem zwar ruckweise schwankenden, indes im allgemeinen erträglichen Gleichgewicht. Wie dagegen Menschen in mündigem Alter den abgeschmackten Wahn festhalten können, das

Ministerverantwortlichkeitsgesetz sei eine verfassungsmäßige Bürgschaft, oder es sei für dessen ernsthafte Betätigung innerhalb des parlamentarischen Systems Raum, das gehört wohl zu den erstaunlichsten Belegen des alten Wahrheitssatzes, daß ein Glaube, der von haltbarem Leder ist, auch bei dem stärksten Widersinn (der durch die Tatsachen in übergroßer Fülle an den Tag gebracht wird) nicht reißt.

Sollen wir noch von der Knebelung der Parlamentsreden, von dem Erlöschen der Gesetzesinitiative durch die Abgeordneten, von der Einschnürung des Antragsrechts sprechen, die so begreiflich sind, weil in diesem Haus ohne Entscheidungen, mit vorwiegend zeremoniellen Bekundungen, im Grunde jede Rede Obstruktion ist? Genug, wer den englischen Parlamentarismus auf seine demokratischen Lebenswerte hin prüfen, als Selbstregierung des Volks betrachten will, wird notwendig zu negativen Ergebnissen gelangen. Sieht man sich nach einer kurzen und hastigen Formel um, die immer bloß eine Halbwahrheit aussagen kann, so würde sich eher ziemen den englischen Parlamentarismus als die Erhaltungsform einer Oligarchie zu bezeichnen, als die Form, unter der allein in einem völlig verstädterten Volk der Großindustrie, der Arbeitermassen und des Presselärms eine gesellschaftliche Auslese, ein modernes Optimatentum, gemischt aus dem Erbadel und den Emporgestiegenen des Reichtums und der Begabung, sein Vorrecht bewahren konnte.

Allerdings bedeutet Form stets nur Form und wäre nichts, hätte sich nicht als ihr lebendiger Gehalt ein wunderbares Gleichgewicht der Entfesselungen und Hemmungen, der formalen Gleichheit aller und der tatsächlichen Bevorzugung einiger entwickelt. Denn nirgends ist die gesetzliche Gleichheit und Freiheit des Individuums besser gewährleistet, und der einzelne, hoch oder niedrig, in seinen alltäglichen Betätigungen wie in den Bekundungen seiner Meinung von jeder Reibung mit der Staatsmaschine und ihrem bürokratischen Räderwerk freier und unbehelligter als in England. Andererseits sorgt ein ungeschriebenes Gesetzbuch der Sitten, Anstandsregeln und Gepflogenheiten dafür, daß die Oberklasse, ohne sich in haßerregenden Formen kastenartig absperrern zu müssen, von den lästigen Berührungen der Unterklasse verschont bleibt. Ein undurchbrechbarer Zauberkreis trennt oben und unten, scheidet sorgfältig den gehobenen Lebenslauf, der über kostspielige Privatschulen und das Etoncollege ins Gentlemandasein führt, von dem Weg des gewöhnlichen Lebenspilgers und hat bisher alle ungehörigen Vermengungen verhütet. Wollte man indes gleichwohl auf die vollendete Ausgestaltung der formalrechtlichen Freiheit und Gleichheit den Hauptton legen, so würde ohne Abzug und Einwand zugestehen sein, daß die Anpassung der Staatshandlungen an den Freiheitsbereich des Bürgers die glänzendste Seite der öffentlichen Zustände Englands ausmacht. Doch individuelle Freiheit als möglichste Uneingeengtheit durch den Staat und Demokratie als Herrschaft des Volkes über den Staat haben mit einander unmittelbar nichts gemein. Was ein oberflächliches Denken die Freiheitsideale mit den demokratischen Idealen verwechseln und vermischen läßt, ist der Umstand, daß unter den Kräften, die die feudalen und absolutistischen Bindungen zerbrachen, auch die Entfaltung des modernen Individualismus wirkte. Und es war der geschichtliche Vorzug Englands, dieses von der Natur wie von der Geschichte so reich begnadeten

Landes, daß es aus zwei Entwicklungsreihen, der religiösen mit ihrer im Sektenwesen sich vollziehenden Verdiesseitigung des christlichen Vollkommenheitsbegriffs, der das Diesseits zum Feld der Bewährung der Erwählten machte und für den evangelischen Gedanken von dem überschwenglichen Wert der menschlichen Seele eine irdisch-politische Verwirklichung erstrebte, sowie aus der wirtschaftspolitischen Entwicklungsreihe, die mit der in der Manchesterlehre gipfelnden Entfesselung des Menschen als freien und gleichen Wirtschaftssubjekts auf die möglichste Ablösung des Individuums vom Staat ausging, daß England, wie gesagt, aus diesen beiden Entwicklungsvorgängen heraus den von Staatsbevormundung prächtig entketteten, selbstverantwortlichen, auf sich gestellten Tatmenschen als höchstes Lebensbild empfing. Indes, dieser Typus und die Umwelt, in der allein er gedeihen kann, sind in der Demokratie unter gewissen Voraussetzungen wohl möglich, aber durchaus nicht mit ihr wesensverwandt. Die Demokratie kann umgekehrt (und wird es als eifersüchtige, tief in die Einzelheiten eingreifende Mehrheitsherrschaft sogar in der Regel tun) die engere Bindung des Individuums durch die Forderungen der Allgemeinheit zur Folge haben.



ENN ich jedoch das Bild des englischen Parlamentarismus hier grob und andeutend umrissen habe, wie es sich jedem als Folge-
 rung aus den neueren Darstellungen der englischen Verfassung von Hatschek, Lowell, Redlich und anderen ergibt, so wollte ich
 bloß der noch geläufigern Verzeichnung alles Englischen ins
 Gottgleiche und Ewig-Musterhafte entgegnetreten, die mit den Über-
 resten liberaler Denkgewohnheiten und Agitiergebräuchen der Demo-
 kratie und vielfach leider auch der Sozialdemokratie überkommen
 ist. Der Zusammenhang der Gedanken leitete dahin besonders die
 Gegeninstanzen und die Schattenseiten hervorzuheben. Doch keineswegs
 soll damit einer herabsetzenden Ansicht von der Verfassung Großbritan-
 niens das Wort geredet werden. Vielmehr ist meines Erachtens die englische
 Verfassung schon durch ihr selbständiges, aus eigenen Wurzelkräften ge-
 nährtes Wachstum ein bewundernswertes Gebilde, unendlich lebensvoll
 und fähig durch die Fülle seines Lebens sich wechselnden Bedingungen anzu-
 passen: heute den gesellschaftlichen Wandlungen im Innern, morgen den
 Gestaltsveränderungen des Reichs nach außen genug zu tun. Die staunen-
 würdige Stetigkeit und Allmählichkeit der Entwicklung, die lebenswürdig-
 kluge Gewohnheit das lebenssatten Alte unter Blumen zu ersticken und längst
 abgestorbene Bräuche, Kräfte, Einrichtungen mit weiser Ökonomie als hei-
 lige Mumien aufzubewahren, deren verehrungsheischendes Ausstellen die
 großen Tage des Staats mit feierlichem Pathos erfüllt: all dies verhindert,
 daß sich das Heute verständnislos-feindselig vom mütterlichen Gestern
 wendet, und bewirkt, daß im Staats- und Kulturgefühl des Engländers
 frische und verwichene Größe zu einem strahlenden Bild des nationalen
 Ruhms verschmelzen. Die lose unsystematische Gestalt der Verfassung
 endlich, die innen mit der Biegsamkeit auch die Kraft des Stahles birgt,
 schafft den einzig denkbaren Zusammenhalt eines Weltreichs, das, ausge-
 dehnter und mächtiger als je ein früheres, bei der Weitverstreutheit seiner
 Teile die Einheit nur durch die unbeengend lose Form der Einheit behaupten
 kann.

Wenn es aber feststeht, daß der Fortgang des Parlamentarismus zum plebis-

zitären Kabinettscaesarismus den gewandelten Bedürfnissen des britischen Reichs am besten entspricht, steht es auch fest, daß er die Demokratie verkörpert? Er ist doch wohl im Gegenteil der Ausdruck dafür, daß in der Form der Parlamentsregierung, des reinen Parlamentarismus, Selbstregierung des Volks fürderhin unmöglich geworden ist. Mommsen hat uns den Blick dafür geöffnet, daß der Niedergang der alten Demokratie unvermeidlich wurde, weil sie die repräsentativen Formen nicht fand, die alten Komitien aber, unzweifelhaft echtere oder wenigstens unmittelbarere Volksherrschaft als irgendein Vertretungskörper, mit dem Wachsen des Staats über die Rاندländer des Mittelmeers die Fähigkeit verloren die ungeheuer angeschwollenen Volksmassen zu selbstregierungsfähiger Gewalt zu organisieren. Das selbe Unvermögen gibt in unseren Tagen der reine Parlamentarismus kund die städtischen Massen und die aus ihrem Zusammenwohnen entspringenden Hochspannungen zu meistern. Solange er es mit einer dünnen Schicht Wahlberechtigter zu tun hatte, die Herkommen, klare Standesinteressen in sorgfältig gepflegtem geistigen Zusammenhalt mit dem Leben des Parlaments erhielten, solange die großen Prinzipienfragen im Vordergrund standen und einen schnell geweckten Anteil sich zu sichern vermochten, war das Parlament wirklich Herz und Mund der Nation. Das hat es nun aufgehört zu sein, am gründlichsten im reinen Parlamentarismus mit seiner unabänderlichen Zweiheit der sich in der Herrschaft ablösenden Parteien. Zwischen ihnen schwindet in allen Fragen selbst der Schein der Gesinnungsform. Die Phantasie, die lediglich Asquith oder Balfour als die beiden einzig gegebenen Möglichkeiten zu wählen hat, weiß nichts zu träumen. Sie prüft wie der Käufer oder wettet wie der Zuseher beim Rennen. Doch wenn das Pferd am Ziel ist, erschläfft die künstliche Spannung. Und öffnet dann das Parlament seine Redeschleusen, so weiß jeder, wie er ungefähr dran ist, und sucht nicht das Wunderbare, das für unsere Großväter irgendwo im konstitutionellen Märchenland auf sie wartete. Sie lebten auch in stilleren Gassen. Aber im ewig brüllenden Malstrom unserer Großstadtunrast, der das Größte rasch hinwegspült und den Schaum des Tages immer vor Augen tanzen läßt, ist das *Volkshaus* und seine Debatte nur eine Sensation neben den unzähligen anderen, nur ein Zeitungsartikel unter den unzähligen anderen. Nicht organisiert in dauernd tätigen Parteikörpern und am wenigsten geistig organisiert durch ein Parlament, das bei festen Mehrheiten und klubbeschlußmäßig festgelegten Abstimmungen nur noch den Scheinkampf zweckloser Redegänge darbietet, wird der ständig wirbelnde Menschenhaufe der Großstädte, und bestände er im einzelnen aus lauter wertvollen Atomen, reif für den Cäsar, und darum hat er ihn auch an den regierenden Konsuln des Kabinetts.

Diese Konsuln, die in formlosen Zusammenkünften das Schicksal des Reichs beraten und bestimmen, während alles, was hernach die Verfassungsmühle klappert, Leerlauf ist, diese Konsuln sind freilich die sichtbare Abschaffung der nationalen Selbstherrschaft, in einer Hinsicht jedoch gleichwohl eine Bürgschaft der Verfassungsmäßigkeit und Freiheit. Denn wo sich, wie in Frankreich, der Parlamentarismus nicht auf der Zweiparteienschaukel wiegt, wo kleine Haufen, an grellen Gesinnungsfähnlein kenntlich, von handfesten Parlamentscondottieris geführt, mit ihrem Programmgeschrei und ihrem wirren Überläufertum die Szene des Parlaments erfüllen, in bunten Auftritten

bald raufend, bald nach einem 50- oder 30prozentigen Ausgleich der Überzeugungen zu den augenblicklich herrschenden Koalitionen sich vereinigend, dort tritt vor die Demokratie das gefährlichste Problem: der unausgesetzte Machtstreit der Führer und das nacheifernde Mitrennen der Tribünenalente und Wandelhallenschlauheiten. Freilich, das französische Parlament lebt, seine Debatten und Beschlüsse sind nicht wie die des englischen ein leeres Schattenspiel an der Wand. Hier gibt es Kommissionen, die Gesetze umschieden, Reden, die sie umwerfen, Zufälle, die ein Regierungssystem bersten machen, Anfragen, die es in eine Wolfsgrube locken. Aber diesen Abgeordneten, denen die Lockungen der Macht winken, denen stetig wechselnde Parteikombinationen oder wohlberechneter Abfall zur wohlgewählten Stunde täglich den Weg zur Macht bahnen können, ist das Gestalten der Gesetze, die Prüfung der Verwaltungsmaßregeln, ist jedes Geschäft des Volksvertreters bloß eine Stufe zur Macht. Alles dreht sich, läuft und rast oft gar im Wirbeltanz, aber es geht im Kreis, und im Kreis drehen sich die Volksreformen der Einkommensteuer, der Arbeiterversicherung, der Verhältniswahl, tauchen nicht unter, schwimmen nicht weiter: dauernde Lösungen des Streits.



NDES, von der Regierungsform des derzeitigen Frankreichs braucht hier weiter nicht gesprochen zu werden. Denn in den letzten Jahren war bei uns ja nur alles Englische Trumpf. Also auch die englische Art der Kabinettsregierung. Freilich würde selbst mit der äußersten Vortrefflichkeit der britischen Verfassung deren Brauchbarkeit für Deutschland nicht beweiskräftig dargetan sein. Denn offenbar ist das Ganze einer Verfassung, als vom Geist der Nation abhängig, so wenig übertragbar wie ein Menschenkopf von einem Rumpf zum andern. Können aber bloß Gewebeteile eingepflanzt werden, dann wieder nur von Artverwandten auf Artverwandte. Sind Bundesstaat und Einzelstaat artverwandt? Vielleicht sagt uns jemand, was aus der großbritannischen Kabinettsregierung würde, stände neben ihr eine englische und hätte mit ihren Mitgliedern die führende Stimme in einem Oberhaus, das zugleich Verordnungsgewalt besäße. Oder, wenn da und dort der Kabinettschef die selbe Person wäre, wie er es zuwege brächte Führer zweier verschieden gestalteter Häuser zu sein. Oder was endlich ein unbeschränkt waltendes Komitee und seine gehorsame Mehrheit mit den verschiedenen Landesregierungen anfangen. Das sind doch füglich die Vorfagen und müssen beantwortet sein, bevor man den Gegenstand weiter erörtert.

Doch dringen wir ins Wunschland ein, wo man fliegen darf und Stock und Dorn uns nichts kümmern. Was ist die Wünschbarkeit? Daß der deutsche Reichstag eine Maschine werde wie das englische Unterhaus, an der Kurbel gedreht von den Parteihauptern? Wo aber die zwei Parteien hernehmen, ohne die solche Parlamentsherrlichkeit ein totgeborenes Kind ist? Denn sie und ihr Kampf bilden einzig die lebende britische Verfassung. Da solches nun, mag man es wollen oder nicht, nur in der Geschichte werden kann, aber sich nicht nach Wunsch herbeischaffen läßt, so wird die englische Methode für uns wohl oder übel unanwendbar bleiben. Die deutsche Demokratie kann eben bloß aus deutschem Leben herauswachsen. Dazu ist im deutschen Reichstag auch ein Ansatz gegeben. Dieses Haus ist achtbar in seiner Haltung, unabhängig in seinem Gang, und es greift mit Ausschluß- und Voll-

beratungen wirkungskräftig in die Gestaltung der Gesetze ein. Das ist freilich noch nicht die Herrschaft. Die aber soll der Reichstag für sich wollen, und nicht für einen Parteityrannen, den er als Augenblicksgott über sich und das Land aufstellt. Muß schon verglichen werden, so gäbe die (sonst wahrhaftig wenig musterhafte) amerikanische Republik als Bundesstaat die brauchbare technische Einzelheit der mitregierenden und gesetzgebenden Kommissionen. Die Reichstagsausschüsse als Zentren der Gesetzgebungsgewalt und als mitregierende Macht bilden das Ziel der deutschen Demokratie und ein Ziel, zu dem der Pfad bereits beschritten ist.

Allein nicht die Form, sondern der Geist, der sie belebt, ist Verfassung. Mir erscheint das parlamentarische Ministerium, heute zur Diktatur oder zum Chaos raufender Führer entartet, an sich als die niedrigste Form der Demokratie, weil sie alle tatsächliche Gewalt der Gesetzgebung und Verwaltung in die Hände eines Geheimkomitees überantwortet. Als die höchste aber, die innerhalb des Repräsentativsystems möglich, erscheint mir die unmittelbare Herrschaft durch den Vertretungskörper selbst und durch die tätigen Organe seiner Ausschüsse. In Deutschland ist sie auch die einzig mögliche, denn ein Geheimkomitee würde allen Einflüssen erliegen, die von Bundesregierungen und Bürokratie hereinströmen. Nur bei der Volksvertretung selbst ist Autorität, Öffentlichkeit, wechselseitige Aufsicht, ist Ansehen genug die Bundesregierungen und Bundesparlamente in Gehorsam zu beugen und vor allem den deutsch-preußischen Parlamentsdualismus siegreich zu überwinden. Die Voraussetzung bildet freilich der lebhafteste nationale Sinn, der dieses Haus durchglühen soll, in jener reinsten und höchsten Gestalt, wie er unter dem flammenden Anhauch des Krieges die deutsche Sozialdemokratie durchdrungen hat: ein nationaler Geist, der ohne Umweg über Vorstellungen vergangener Epochen als moderner Nationalismus Kultur, Größe, Weltstellung und Zukunftsaufgabe des Gesamtvolks unmittelbar ergreift. Vor ihm zerschmilzt der Anspruch der geschichtlich überlieferten Gewalten und Stände Rückhalt und Zusammenhalt des Reichsganzen zu sein, vor ihm treten die Ansprüche des Einzelstaats in ihr partikularistisches Dunkel zurück. Nationaler Sinn und Demokratie sind Wechselbegriffe, ja mehr: sie sind bloß zwei verschiedene Ansichten eines und des selben Vorgangs, sie bedeuten beide Steigerung des Selbstgefühls, der Selbstherrlichkeit und Selbstgewalt der Nation, das eine Mal nach außen, das andere Mal nach innen wirkend. Nationalisierung der Demokratie ist der einzige Weg zur Demokratisierung der Nation. Darum, daß der Krieg damit begonnen hat den nationalen Sinn der Arbeiter zu offenbaren, ist er die unverlierbare Gewähr der beginnenden Selbstherrschaft des Volks. Nicht an Versprechungen halte man sich: Hier lebt die große Gewißheit, durch alle Geschichte bezeugt, die Gewißheit, daß ein Volk in der unwiderstehlichen Wucht seines Einheitsgefühls den Staat umhämmert zu dem Werkzeug seiner Selbstmacht.

In Sozialdemokratie und Zentrum vorbildlich, in den übrigen Parteien nachahmend, in Gewerkschaft und Berufsverein baut sich von unten herauf der Volkswille aus dem Einzelwillen zu lebendiger Selbstbetätigung organisch auf. Und da die Organisationen in unseren Tagen der städtischen Masse für die Freiheit und Demokratie noch wichtiger geworden sind als die Verfassungen, hat die Gunst des Geschicks dem deutschen Volk nur eins zu gewähren: daß sich in seinen Organisationen selbst, in ihrem Binnenleben, der

demokratische Geist entfalte, daß demokratische Ausdrucksformen die Gliederung gewinnen, damit jener Geist sich nicht zur beizugählenden Gleichgültigkeit absetze und seine eingeborenen Rechte und Tätigkeiten der Bureaokratie der Bezirksausschüsse und der von ihr beherrschten Lokalpresse anheimgabe: ein Vorgang, der im Leben einer Organisation das selbe bedeutet wie die Verkalkung der Gefäße im Leben des Einzelmenschen.

XX

WALT WHITMAN · DER MYSTISCHE TROMPETER · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



ORCH! Ein wilder Trompeter, ein fremder Musikant,
Unsichtbar im Luftreich schwebend, schmettert wunderlichen
Schall in die Nacht.

Ich höre dich, Trompeter. Bedachtsam lauschend fang' ich deine
Klänge auf.

Nun freiströmend, gleich einem Sturm mich umwirbelnd,
Nun leise, gezähmt, nun in der Ferne verloren.

Komm näher, Körperloser! Vielleicht tönt aus dir
Ein toter Tonmeister, dein sinnendes Leben
War vielleicht von hohem Streben erfüllt, von ungeformten Idealen,
Wellen, melodischen Meeren, chaotisch brandend,
Die nun, entzückter Geist, der du dich dicht zu mir niederneigst,
Dein hallendes Kornett widertönt,
Keinem Ohr sie hingebend als dem meinen, dem meinen aber frei sie
dahin gibt,
Daß ich dich aussagen möge.

Blase, Trompeter, frei und klar! Ich folge dir,
Während bei deiner sanften, fröhlichen, reinen Prélude
Die verdrossene Welt, die Straßen, die lärmenden Tagstunden schwinden,
Heilige Ruhe gleich Tau sich auf mich senkt,
Und ich in kühler, erfrischender Nacht paradiesische Pfade wandle,
Den Grasduft atme, die feuchte Luft und die Rosen;
Dein Gesang dehnt meinen starren, gefesselten Geist, du befreist, du trägst
mich über mich hinaus,
Schwimmend und badend im himmlischen See.

Blase weiter, Trompeter! Und meinen begehrlchen Augen
Bringe das alte Gepränge, zeige die feudale Welt.
Welchen Zauber deine Musik bewirkt! Du läßt an mir vorüberziehen
Längstverblichene Damen und Kavaliers, Barone sind in ihren
Schloßhallen, die Troubadoure singen,
Bewaffnete Ritter ziehen aus das gebeugte Recht aufzurichten, einige für
den Heiligen Gral;
Ich sehe das Tournier, ich sehe die Streitenden, in schwere Rüstungen ge-
hüllt, auf stattlichen Streitrossen sitzen,
Ich höre das Geschrei, den Schall der Streiche, des aufschlagenden Stahls,
Ich sehe der Kreuzfahrer ungestüme Armeen; horch, wie die Zymbel klingt,
Sieh, wie die Mönche voranschreiten, das Kreuz hochtragend!

Blase weiter, Trompeter! Und zum Thema wähle
 Das allumfassende, das lösende und bindende Thema,
 Die Liebe, die Pulsschlag, Qual und Nahrung aller Themen ist,
 Das Herz des Mannes und der Frau, ganz der Liebe hingegeben,
 Kein anderes Thema denn die Liebe, die vereinigende, allum-
 schließende, allausgießende Liebe.

O wie unsterbliche Phantome mich umdrängen!

Ich sehe die ungeheure, immer wirkende Verwandlung, ich sehe und kenne
 die Flammen, die die Welt erwärmen,

Die Glut, die Röte, die klopfenden Herzen der Liebenden,

Die einen so wonneselig, andere still, lichtlos, dem Tode nah';

Liebe: das ist Liebenden die ganze Erde, Liebe spottet des Raumes und
 der Zeit,

Liebe: das ist Tag und Nacht, Liebe: Sonne, Mond und Sterne,

Liebe ist purpurn, prunkend, krank vor Wohlgeruch,

Keine anderen Worte als Worte der Liebe, keinen andern Gedanken
 als Liebe.

Blase nochmals, Trompeter! Kriegslärm beschwör' herauf!

Schnell rollt auf deinen Zauberruf ein schauriges Gesumme, dem fernen
 Donner vergleichbar, heran,

Sieh, wie Bewaffnete dahineilen, sieh durch Staubgewölke den Schimmer
 der Bajonette,

Ich sehe die grimmblickenden Kanoniere, bemerke das rosige Aufflammen
 durch den Rauch, höre das Knattern der Gewehre;

Nicht der Krieg allein, die furchtbare Musik deines Lieds, wilder Bläser,
 bringt jeden Schreckensanblick,

Die Taten grausamer Räuber, Plünderung, Mord; ich höre die Hilfeschreie.

Sinkende Schiffe schau ich am Meer, auf und unter Deck schau ich schreck-
 liches Geschehnis.

O Trompeter, mich dünkt, ich selbst bin das Instrument, das du spielst,

Du schmelzest mein Herz, mein Gehirn; du bewegst, du ziehst sie an und
 änderst sie nach Willen;

Und nun strömen deine düsteren Klänge Finsternis durch mich,

Du nimmst alles heitere Licht, alle Hoffnung hinweg,

Ich sehe die Geknechteten, die Unterworfenen, die Verwundeten, die Unter-
 drückten der ganzen Erde,

Ich fühle die maßlose Schmach und Erniedrigung der Menschheit; alles
 wird mein,

Mein auch werden die Rachedaten der Menschheit, die Unrechte der Zeit-
 alter, verächtliche Fehde und Zwietracht,

Gänzliche Niederlage lastet auf mir, alles verloren, der Feind siegreich!
 (Doch unter Trümmern steht, unerschüttert bis zum letzten, der Stolz
 riesenhaft,

Erduldung, Entschlossenheit bis zum Äußersten.)

Nun, Trompeter, zum Ende,

Ein höheres Lied stimm' an als alle übrigen!

Sing' meiner Seele zu, belebe ihr entmutigt' Vertrauen und Hoffen,

Gib Stärke meinem schwachen Glauben, die Vision der Zukunft gib mir,
Ihr Vorwissen und ihre Freude zugleich!
O froher, jauchzender, krönender Sang!
Mehr als die Kraft der Erde ist in deinen Klängen.
Siegemärsche, der befreite Mensch endlich Selbsteroberer!
Festgesänge dem alleinigen Gott vom alleinigen Menschen, Freude alles!
Ein neues Geschlecht erscheint, eine vollkommene Welt, Freude alles!
Frauen und Männer in Weisheit, Unschuld und Gesundheit, Freude alles!
Laute, lachende Bacchanale, freudeerfüllte!
Krieg, Kummer, Leiden dahin! Die ranke Erde gereinigt, nichts blieb als
Freude!

Der Ozean freudevoll! Das Luftreich Freude!
Freude! Freude! In Freiheit, Anbetung, Liebe! Freude in der Entzückung
des Lebens!

Dasein allein genug, genug zu atmen!
Freude! Freude! Allüberall Freude!

XX

LUDWIG QUESSEL · DEUTSCHE UND JÜDISCHE ORIENTINTERESSEN



YOR einigen Wochen ging eine Notiz durch die Presse, die das deutsche Volk auf die bisher wenig beachtete Tatsache aufmerksam machte, daß seit dem Tag, da der Dreiverband die Feindseligkeiten gegen das Osmanische Reich eröffnete, auch die palästinensischen Juden zu unseren Verbündeten zählen. Da der Dreiverband die Türkei genau wie Deutschland von allen Zufuhren abzusperren sucht, so machte sich nach Verlauf der ersten Kriegsmonate der Hungerkrieg, den England gegen seine Feinde führt, auch in Palästina, das mit seiner starken gewerblichen Bevölkerung auf die überseeische Lebensmittelzufuhr angewiesen ist, empfindlich bemerkbar. In jener Zeitungsnotiz wurde uns nun mitgeteilt, daß auf Anregung deutscher Juden die Regierung der Vereinigten Staaten das Kohlenschiff Vulkan dem jüdischen Hilfskomitee zur Verfügung gestellt habe, um die palästinensische Judenheit mit Lebens-, Hilfs- und Heilmitteln zu versehen. Gegen diese Versorgung Palästinas mit Lebens- und Heilmitteln hat die britische Regierung nicht einzuschreiten gewagt, obwohl Jerusalem zeitweilig der Sitz des Oberkommandos der türkischen Armee war, die den Suezkanal und Ägypten bedroht. Eine eigenartige Verkettung historischer Ereignisse hat also die Zentralmächte zwar nicht zum Verbündeten des Judentums schlechthin, wohl aber zum Bundesgenossen der nationalgesinnten Judenheit gemacht, die bestrebt ist aus Palästina ein Zentrum nationaljüdischer Kultur zu schaffen. Diese durch die Teilnahme der Türkei am Weltkrieg entstehende Bundesgenossenschaft zwischen Deutschland und nationalgesinnter Judenheit wäre freilich von geringer Bedeutung, wenn sie rein äußerlich und damit vergänglicher Natur wäre. Im folgenden soll jedoch gezeigt werden, daß in ihr dauerhafte Faktoren enthalten sind, die sie zu einem geschichtlichen Ereignis stempeln, dessen Tragweite in Deutschland nicht unterschätzt werden sollte, und das der aufmerksamsten Beachtung aller Politiker wert ist.

Es darf als allgemein bekannt gelten, daß die nationalgesinnte Judenheit

in den zionistischen Verbänden organisiert ist, die sich über alle Weltteile erstrecken. Die politische Idee des Zionismus besteht nun darin, daß er das Aufgehen des Judentums im Kulturleben der anderen Völker als verhängnisvoll ansieht. Nach der zionistischen Anschauung kann es für die Juden ein würdiges Leben nur geben, wenn sie als Juden wieder zu eigener nationaler Leistung gelangen. Dieser Wille zu nationaler Entwicklung wird im Zionismus zur schöpferischen Tat: Im Einklang mit den religiösen Hoffnungen des alten Judentums stellt er sich die Aufgabe Palästina mit Juden zu besiedeln und damit der Judenheit der ganzen Welt einen allgemein anerkannten nationalen Mittelpunkt zu geben. Im vorigen Jahr habe ich in dieser Zeitschrift bereits zum Ausdruck gebracht, daß diejenigen, die wirklich international fühlen, das heißt die anerkennen, daß die verschiedenen Nationen berufen sind durch eigenartige Leistungen ihrer spezifisch nationalen Begabung die allgemeine Kultur der Menschen fortzuentwickeln, das zionistische Streben gutheißen müssen.¹⁾ In der Tat, nur mit schmerzlichem Bedauern könnte man von diesem Standpunkt aus das völlige Aufgehen des Judentums in anderen Völkern beobachten, weil der Untergang eines Volkes, das auf dem Gebiet der geistigen Kultur so große und eigenartige Leistungen aufzuweisen hat, auch eine Verarmung der ganzen Kulturmenschheit bedeuten würde. Für das deutsche Volk gewinnt nun der Zionismus eine besondere Bedeutung noch dadurch, daß seit dem Mittelalter eine bisher allerdings wenig beachtete und geschätzte Sprachgemeinschaft zwischen Juden und Deutschen besteht. Obwohl man nicht sagen kann, daß die Juden im Mittelalter ihre Sprache ganz verloren und dafür die deutsche Sprache angenommen hätten, läßt sich doch feststellen, daß in jener Zeit durch die Herausbildung eines deutsch-hebräischen Dialekts eine Art deutsch-jüdischer Sprachgemeinschaft entstand, die sich bei den in Deutschland verbleibenden Juden bis zur völligen Eindeutschung entwickelte. Aber auch diejenigen Juden, die infolge der heftigen Judenverfolgungen seit Ausgang des 15. Jahrhunderts Deutschland verließen, gingen seltsamerweise der deutschen Sprachgemeinschaft nicht verloren. Die jüdischen Auswanderer nahmen die jüdischdeutsche Mundart als ihre Familiensprache mit und hielten sie inmitten der slawischen Umwelt bis auf den heutigen Tag aufrecht. Auf die politische Tragweite dieser Erscheinung hat Davis Trietsch gerade jetzt aufmerksam gemacht.²⁾ Angeregt zu seiner Arbeit wurde der Verfasser durch die Erscheinungen des Weltkriegs, die dem deutschen Volk plötzlich offenbarten, daß es mit den Juden das Schicksal teilt bei fast allen Völkern der Erde unbeliebt, ja sogar verhaßt zu sein. Wie eine Glutwelle verbreitete sich mit Ausbruch des Krieges der Antigermanismus von London, Paris und Petersburg aus über den ganzen Erdball. Selbst in Amerika, wo die deutschen Einwanderer so mächtig zum Aufbau der neuen Nation beigetragen haben, feierte der Antigermanismus seine abschreckenden Orgien. Freudig muß aber heute von uns anerkannt werden, daß nächst der deutschen die jüdischdeutsche Presse der Vereinigten Staaten den schrecklichen Ausbrüchen der antideutschen Leidenschaft energisch entgegentrat, ohne freilich dem unterirdischen Krieg, den die amerikanischen Waffenlieferanten gegen Deutschland führen, Einhalt gebieten zu können.

¹⁾ Siehe meinen Artikel Die jüdische Neukolonisation Palästinas, sowie Chasnowitsch Ziele und Mittel des sozialistischen Zionismus, in den Sozialistischen Monatsheften, 1914, 2. Band, pag. 672 ff und 962 ff.

²⁾ Siehe Trietsch Juden und Deutsche, eine Sprach- und Interessengemeinschaft /Berlin 1915/.

Aber noch eine andere Erscheinung trug dazu bei den Blick für die deutsch-jüdische Sprachgemeinschaft zu schärfen. Als unsere Heere die russische Grenze überschritten, merkten sie, daß hier im Gegensatz zum Westen nicht nur die sprachkundigen Angehörigen der gebildeten Schichten, sondern auch Leute aus dem Volk sich mit ihnen in der deutschen Sprache verständigen konnten. Es waren dies in der Hauptsache die jüdischen Händler und Handwerker, die in ihrer jüdischdeutschen Mundart sich recht gut mit unseren Soldaten unterhalten konnten.

Man zählt im heutigen Rußland insgesamt annähernd 7 Millionen Juden, die, bis auf einen kleinen Rest, das Jüdischdeutsche als Muttersprache haben. Damit ist die Zahl der deutschsprachigen Juden aber noch nicht erschöpft. Von den alten Sitzen dieser Judenheit sind in den letzten Jahrzehnten mehrere Millionen von Juden ausgewandert. In den Vereinigten Staaten von Amerika leben heute schon $2\frac{1}{4}$ Millionen Juden, die bis auf wenige Ausnahmen das Jüdischdeutsche sprechen und verstehen. In Argentinien sind 90 000, in Südafrika 40 000, in Australien 15 000 deutschsprachige Juden zu finden. Von den 270 000 Juden in Großbritannien sind gleichfalls 250 000 dem deutschen Sprachbereich zuzurechnen. Dann folgt Rumänien, von dessen 275 000 Juden nur wenigen das Deutsche ganz fremd ist. Hinreichend bekannt ist, daß in Österreich-Ungarn das Deutschtum in der Sprachgemeinschaft der Juden eine starke Stütze findet. Überall, wo deutsche Schulen errichtet sind, nehmen die Kinder der Juden am deutschen Unterricht teil. Obwohl in denjenigen Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie, wo der Nationalitätenstreit das Bekenntnis zur deutschen Sprache zu einer Gefahr macht, viele Juden sich zur polnischen, tschechischen oder ungarischen Sprache bekennen, kann man doch ruhig sagen, daß die $2\frac{1}{4}$ Millionen Juden der Donaumonarchie der deutschen Sprache zuzurechnen sind. Für Mittel- und Osteuropa läßt sich demnach feststellen, daß fast überall eine Sprachgemeinschaft zwischen Juden und Deutschen besteht. Aber auch in allen anderen Ländern der Erde ist das deutschredende Element unter den Juden stark vertreten. Trietsch kommt zu dem Resultat, daß von der 14,3 Millionen Köpfe zählenden Judenheit 12,9 Millionen deutschsprachige Juden sind. Ein wesentlicher Teil der nichtdeutschsprachigen Juden entfällt auf Nordafrika und Asien. Man muß dies im Auge behalten, um als Nichtjude nicht zu einer falschen Auffassung über den Sprachenstreit in Palästina zu gelangen, aus dem sich bei oberflächlicher Betrachtung leicht eine antideutsche Stimmung der zionistischen Juden herauslesen ließe. In Palästina vollzieht sich eine Konzentration der Juden, die sich nicht auf Angehörige der deutschsprachigen Judenheit beschränkt. Nach dem Land ihrer Väter strömen Juden aus aller Welt, darunter arabische, persische, marokkanische, spaniolische, kurdische und syrische Juden, denen die jüdischdeutsche Sprache unbekannt ist, während sie mit der hebräischen Sprache bis zu einem gewissen Grad vertraut sind. So ergab sich vom zionistischen Standpunkt die Forderung des Hebräischen als allgemeiner Verständigungssprache der Juden in Palästina von selbst. Es ist jedoch zu beachten, daß von den 110 000 Juden, die gegenwärtig in Palästina leben, der weitaus größte Teil zur deutschen Sprachgemeinschaft gerechnet werden kann. Daß die Ablehnung des Jüdischdeutschen als Schul- und Ver-

kehrsprache in Palästina nicht etwa einer antideutschen Gesinnung entspringt, ergibt sich ohne weiteres auch daraus, daß Deutsch als erste Fremdsprache an den hebräischen Schulen gelehrt wird.

Aus der Feststellung der deutsch-jüdischen Sprachgemeinschaft und des Fehlens einer antideutschen Stimmung bei den deutschsprachigen Juden ergibt sich aber noch keineswegs eine Interessengemeinschaft zwischen dem Zionismus und der Politik der Zentralmächte in dem gegenwärtigen Krieg. Diese wäre erst als vorhanden anzusehen, wenn neben der Verbindung mit dem Deutschtum auch ein Interesse des Zionismus für die Erhaltung der Türkei vorhanden wäre. Es wäre immerhin denkbar, daß der Zionismus annehmen könnte, er würde sein Ziel Palästina zum kulturellen Mittelpunkt der nationalgesinnten Judenheit zu machen leichter erreichen können, wenn Palästina ein Bestandteil des englischen oder französischen Kolonialreichs werden würde. Die Auffassung, daß eine Aufteilung der Türkei für die zionistische Sache förderlich sein könnte, ist nun aber erfreulicherweise weder in Mittel-, noch in Osteuropa vorhanden. Wie die palästinensische Judenheit selbst, so sind auch die Zionisten der Alten und Neuen Welt überzeugt, daß der türkische Staat trotz seiner Mängel der geeignetste Rahmen für die Erreichung des zionistischen Zieles darstellt und somit die Erhaltung der Türkei direkt im zionistischen Interesse liegt.³⁾ Von den mannigfachen Gründen, die den Zionismus zu dieser Stellungnahme bestimmen, möchte ich hier nur zwei anführen: Als französische oder englische Kolonie wäre die Romanisierung respektive Anglisierung der palästinensischen Judenheit kaum zu vermeiden. Für die Erhaltung des türkischen Regimes in Palästina spricht auch der Umstand, daß die Türkei ein Staat ist, dessen Bevölkerung aus kolonieförmigen Gebilden besteht, die in allen Gemeindeangelegenheiten sich selbst regieren, so daß die jüdische Kolonisation an dem Charakter des Staates nichts zu ändern braucht. Es ist auch fraglich, ob England die zionistischen Interessen überhaupt vertreten könnte. Dr. Paul Rohrbach hat jüngst in einem Vortrag über die Zukunft des Orients mit Recht darauf hingewiesen, daß England auf eine Spaltung des Islams durch Förderung der arabischen Tendenzen hinarbeite und darum die zionistischen Bestrebungen den arabischen Aspirationen unterordnen müsse.⁴⁾ Aus der zionistischen Bewegung und den deutschen Bestrebungen im Orient ergibt sich ganz von selbst eine Interessengemeinschaft. Sowohl die Deutschen wie die Zionisten sind in erster Linie an der Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit der Türkei interessiert. Die Interessen beider erfordern weiter, daß die Türkei zu einem starken und reichen Staatswesen entwickelt wird. An der Förderung der Landwirtschaft und der Ausnutzung der Bodenschätze der osmanischen Gebiete haben beide das gleiche Interesse. Wenn zum Beispiel durch große Bewässerungsanlagen ein erheblicher Bauernbedarf in der Türkei entsteht, wird es verhältnismäßig leicht sein die in Palästina und in den angrenzenden Gebieten ansässigen Fellachen nach den der Kultur zurückgewonnenen Bewässerungsgebieten zu versetzen, so daß für die jüdische Kolonisation im Stammland der Judenheit Raum geschaffen wird. Die Ausnutzung der Bodenschätze der Türkei wird andererseits wesentlich dazu beitragen die Finanzen der

³⁾ Siehe den Artikel Die politische Bedeutung des Zionismus, in der Wochenschrift Das Größere Deutschland, 1915, pag. 290 ff.

⁴⁾ Siehe den Artikel Die Zukunft des Orients, in der Jüdischen Rundschau vom 12. März 1915.

Türkei zu sanieren und die öffentlichen Lasten für die jüdischen Kolonisten in Palästina weniger schwer zu machen. Im Gegensatz zu den Mächten des Dreiverbands sind eben die Zentralmächte und die zionistischen Organisationen nicht nur an der Erhaltung sondern auch an der wirtschaftlichen Kräftigung des türkischen Staatswesens in hohem Grad interessiert.

Es kann nicht ausbleiben, daß diese Interessengemeinschaft zwischen den Zentralmächten und den zionistischen Organisationen, die sich, wie gesagt, über die ganze Welt erstrecken, auch zu einer engeren Fühlungnahme zwischen Deutschland und dem ausländischen Judentum führt. Jeder Kaufmann, der sich im Ausland umgesehen hat, weiß, wie sehr die Verbreitung der deutschen Sprache die wirtschaftlichen Beziehungen stärkt und fördert. Man darf eben nicht vergessen, daß die Zahl der deutschsprachigen Auslandsjuden der gesamten Einwohnerschaft von Bayern, Württemberg und Baden zusammen entspricht.

Zum Schluß sei noch auf folgendes hingewiesen: Der Krieg, der sich im Osten auf einem Gebiet abspielt, das größtenteils von Juden dicht besiedelt ist, hat die schleichende Krise des Ostjudentums, des furchtbaren ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Drucks, unter dem sie leiden, zu einer akuten gemacht. Nach dem Krieg wird das Problem der Wanderung der Ostjuden, die einen Ausweg aus den unerträglichen Zuständen schafft, systematischer als bisher in Angriff genommen werden müssen. Es handelt sich da freilich um ein außerordentlich kompliziertes Problem. Aber seine Lösung könnte erleichtert werden, wenn die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der deutschen und der jüdischen Interessen, namentlich im Orient, erweitert und vertieft würde.

XX

KARL SEVERING · ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IM KRIEG UND IM FRIEDEN

FREUNDE und Feinde und auch wir selbst haben schon zu wiederholten Malen die Frage erörtert, welchen besonderen Umständen Deutschland den beispiellosen Erfolg seiner militärischen, wirtschaftlichen und geldlichen Mobilmachung verdanke. Aus beruflichem Mund ist uns jüngst versichert worden, daß neben der Tapferkeit der Truppen insbesondere die Leistungen der Eisenbahnen genannt zu werden verdienen, wenn man eine Erklärung für den siegreichen Vormarsch der deutschen Heere haben will, die sich im Osten oft eines zahlenmäßig vielfach überlegenen Feindes zu erwehren hatten. Das glänzende Ergebnis der geldlichen Mobilmachung ist nicht zuletzt auf das Konto der gesunden Organisation und der vorsichtigen Politik der Reichsbank zurückgeführt worden, und man kann zugeben, daß sich der Geld- und Kreditverkehr vor dem Krieg in Deutschland zum mindesten nicht schlechter entwickelt hat als im feindlichen Ausland. Das alles beantwortet aber die Frage noch nicht erschöpfend. Am bedeutendsten und am bewundernswertesten scheinen mir die Ergebnisse der wirtschaftlichen Mobilmachung zu sein, der als wichtigste Aufgabe die Regelung der Produktion zufiel. Man kann behaupten, daß die im Sturm genommenen Stellungen und die besetzten Gebiete sich nicht so sicher halten ließen, wenn die gewerbliche und industrielle Lei-

stungsfähigkeit Deutschlands sich nach dem Ausbruch des Krieges nicht auf ihrer vollen Höhe gehalten hätte. Allein der Hinweis auf die bekannte Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ungeheure Mengen an Waffen und Munition für die Dreiverbandsmächte liefern, daß Deutschland dagegen in der Munitionsbeschaffung auf sich allein angewiesen ist, mag genügen, um die große Bedeutung der deutschen Industrie für den Krieg darzutun.

Die Organisation des deutschen *Militarismus*, die jede kleinste Einzelheit der militärischen Notwendigkeiten umfaßt, ist bekannt. Durch die umfassendsten Dienstvorschriften und Befehle ist jedem Glied eine ganz bestimmte Funktion zugewiesen, so daß sich das gewaltige Räderwerk automatisch in Betrieb setzen kann, sobald der Aufruf zur Mobilmachung ergangen ist. Inspektionen und Übungen sowie die alljährlichen Manöver halten den Apparat in Bereitschaft, beseitigen Mängel und vervollkommen einzelne Glieder des Gesamtorganismus. Anders ist es mit der Industrie, abgesehen von den wenigen Zweigen, die auf die Fabrikation von Waffen und Munition eingestellt sind. Sie hatte keine Vorbereitungen treffen, sich nicht vorher auf einen Kriegszustand einrichten können. Und doch darf man mit Fug sagen, daß sie ihre Mobilmachung nicht minder glänzend bestanden hat als das Heer. Das tritt besonders in die Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch die Eisenbahnen durch Truppentransporte und andere militärische Zwecke fast ausschließlich in Anspruch genommen waren, und daß dadurch in der Beförderung von Kohlen und Rohmaterialien eine längere Stockung eintrat, die manchen Betrieb zur Stilllegung oder doch zu einer wesentlichen Einschränkung zwang. Für die Export-, Schmuck- und Luxuswarenindustrie bedeutete das keine Einbuße, denn der Verlust der Absatzgebiete im Inland und im feindlichen Ausland bedingte ohnehin eine Einschränkung der Produktion in diesen Erwerbszweigen. Andere Industriezweige jedoch waren trotz weiterlaufender Aufträge zur Unterbrechung der Betriebe gezwungen. Feierschichten und Arbeitslosigkeit waren die unausbleiblichen Folgen. Millionen und Abermillionen Mark haben in jenen Wochen die Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung verausgabt und damit der Nation wertvolle Dienste geleistet.

In diese Zeit fallen die ersten Versuche durch ein gemeinschaftliches Vorgehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Behörden zur Arbeitsbeschaffung anzuregen und auch bei Privaten die Unternehmungslust zu fördern. Meistens auf den einzelnen Ort beschränkt, später aber auch auf größere Bezirke ausgedehnt, hielt sich die Tätigkeit der eingesetzten Ausschüsse zunächst in engen Grenzen, bis Vertreter der Gewerkschaften und anderer wirtschaftlicher Organisationen mit den Reichszentralbehörden dem Gedanken erörtert und sich für ihn entschieden hatten. Nicht als ob nun durch eine Zentralisation der Arbeitsbeschaffung der Zersplitterung und (auch das muß gesagt werden) der Zerfahrenheit ein Ende gemacht worden wäre, die mehrfach zu beobachten war. Das war in kurzer Zeit nicht zu erreichen, vielleicht auch gar nicht einmal praktisch. Galt es doch außer den Reichs- und Staatsbehörden auch den Gemeindeverwaltungen die Inangriffnahme aller geplanten Arbeiten nahezu legen. Die örtliche Organisation, die dabei am sachkundigsten sein konnte, hatte darum mindestens einen Vorzug. Aber die zentralen Verhandlungen haben doch dahin geführt, daß

die Versuche in zahlreichen Orten und Bezirken unternommen und durchgeführt worden sind, zum Besten der Arbeitgeber und der Arbeiter.

Es mag einer spätern Zeit vorbehalten bleiben festzustellen, von welcher Seite in den einzelnen Fällen die Initiative zur Bildung solcher Ausschüsse, die sich Arbeitsgemeinschaften nannten, ergangen ist. Soweit sich aus den Mitteilungen der Fachpresse ersehen läßt, waren es bald die Gewerkschaften, bald Arbeitgebervereinigungen, Handwerks- und Handelskammern, die als erste mit der Anregung auf den Plan traten. Alle waren von der Überzeugung durchdrungen, daß zu einem Sieg der deutschen Waffen nicht allein die Tapferkeit der Truppen, sondern auch die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens, der Kriegsdienst der Industrie und des Gewerbes vonnöten sei. Und alle Beteiligten haben sich dieser Erkenntnis folgend den Forderungen der Stunde untergeordnet, um das gemeinschaftliche Ziel zu erreichen: der Nation zu dienen.

Man kann gegen diese Formulierung gewiß den Einwand erheben, daß die Arbeitsbeschaffung ja doch im unmittelbar eigenen Interesse der Beteiligten gelegen habe, und daß darum der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften eine größere nationale Bedeutung nicht zukomme. Man kann sagen, die Arbeitgeber hätten verdienen wollen und die Arbeitervertreter wären bestrebt gewesen durch die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für ihre Auftraggeber die Kassen der Gewerkschaften zu entlasten. Sowenig indessen bestritten werden kann, daß diese Momente mitbestimmend gewesen sind, so wenig läßt sich leugnen, daß die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften im allgemeinen auch von höheren Gesichtspunkten getragen war. Galt es doch in vielen Fällen für ausgefallene Exportwaren Aufträge für den Heeresbedarf heranzuholen, deren Ausführung die Beschaffung neuer Maschinen und Werkzeuge erforderte, Inventarien, die in Friedenszeiten unbenutzt bleiben werden. Da konnten schon einen engherzigen, kleinlichen Unternehmer Bedenken befallen. Aber auch für die Arbeiter lagen die Dinge zur Zeit der Arbeitsbeschaffung nicht ganz zweifelsfrei. Die kurzen Lieferfristen stellten nicht selten an die physische Leistungsfähigkeit der Arbeiter hohe Anforderungen, und außerdem konnte niemand voraussehen, ob nicht der Beweis der Neuorientierungsfähigkeit der Industrie lediglich auf Kosten der Arbeiter erbracht werden sollte.

Die umfangreichsten Aufträge erteilten naturgemäß die Beschaffungsämter der Heeresverwaltung. Proviant und Bekleidungsgegenstände, Waffen und Munition, Fahrzeuge und Beobachtungsapparate aller Art wurden in riesigen Mengen vergeben. Der Bedarf überstieg die kühnsten Erwartungen der Laien. Ihn allein zu decken war den bisherigen Lieferanten der Heeres- und Marineverwaltung unmöglich. Die Privatindustrie mußte helfen. Die Arbeitsgemeinschaften vermittelten den Verkehr. Leider nicht sie allein. Privatspekulanten, findige Geschäftsleute haben in mehreren Fällen Aufträge erhalten, die ihnen die Taschen füllten und den Arbeitern den Verdienst schmälerten. Darüber wird später noch zu reden sein. Jedenfalls ist durch manche Arbeitsgemeinschaft eine Belebung des örtlichen Industriezweigs erfolgt, die der Anpassungsfähigkeit der Fabrikbetriebe ein glänzendes Zeugnis ausstellt. In der Feinleinen- und Wäscheindustrie wurden Zwieback- und Patronenbeutel genäht, Fahrradsattelfabriken lieferten Koppel, Patronentaschen und

Tornister, Holzdrechsler drehten Granaten, Schleifereiarbeiter, die früher Präzisionsteile für Nähmaschinen herstellten, schärfen heute Seitengewehre. So ließen sich die Beispiele des *Umlernens* noch hundertfach vermehren. Sie alle zeigen, daß sich die Arbeiter gern der Mühen unterzogen haben sich in die veränderten Methoden zu finden. Das soll gewiß nicht als eine Großtat ausgeschrien werden. Was die Arbeiter getan haben und heute noch tun, betrachten sie als ihre selbstverständliche Pflicht, die sie der Industrie und damit dem Land leisten. Aber ein Blick auf England beweist, daß es auch anders sein könnte. Es ist nicht die prinzipielle Gegnerschaft gegen den Krieg, die die Hauptursache zu den Arbeiterunruhen in England bildet. In mehreren Fällen ist es die Verletzung sogenannter gewerkschaftlicher Grundsätze (Grundsätze, die von den deutschen Gewerkschaften immer als rückschrittlich bekämpft worden sind, zum Beispiel das Verbot der Beschäftigung der Frauen), die den Grund zur Arbeitseinstellung gegeben hat. Die gewaltigen Ausdehnungen der Überzeitarbeit, die Nachtschichten und Sonntagsarbeiten, wie sie jetzt bei uns üblich sind, liegen nun gewiß auch nicht in der Richtung gewerkschaftlicher Grundsätze. Und doch nehmen die deutschen Arbeiter diese aus der Not des Landes entstehenden Verpflichtungen und Anstrengungen willig auf sich, um auch dadurch zu beweisen, daß sie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen.

Freilich darf man von ihnen nicht verlangen außer diesen Opfern noch den Verzicht auf alte Rechte und Abmachungen im Arbeitsverhältnis zu leisten. Wo Aufschläge für Überzeit- und Nachtarbeit üblich oder gar vereinbart sind und in Friedenszeiten gezahlt werden, darf man sie nicht entziehen. Der wirtschaftliche Burgfriede soll ja keine einseitige Bindung der Arbeiter sein. Wo ihn rücksichtslose Unternehmer so auffassen, wäre es Aufgabe einer Arbeitsgemeinschaft für die notwendige Korrektur zu sorgen. Überhaupt sollten sich die Arbeitsgemeinschaften nicht darauf beschränken Aufträge einzuholen sondern auch dafür sorgen, daß ihre Ausführung zu den Bedingungen erfolgt, die vor Kriegsausbruch im Gewerbe üblich waren. Ein Fabrikbetrieb, der sich dem nicht fügt, müßte von der Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen werden und dürfte auch keine Aufträge von den Behörden mehr erhalten. Eine rege Fühlungnahme mit den Behörden erscheint mir überhaupt unerläßlich, wenn die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften ersprießlich sein soll. Das gilt sowohl von den Gemeindeverwaltungen wie von den Staatsbehörden, aber auch von den militärischen Verwaltungsstellen. Mehrere Vorkommnisse während des Krieges haben bewiesen, daß die Militärverwaltung bemüht ist sich in sozialen Dingen ein objektives Urteil zu bilden, während die Arbeitervertretungen vor dem Krieg zuweilen darüber Klage zu führen hatten, daß sie sich jeder Einwirkung auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben der Heeres- und Marinelieferanten enthielt. Heute ist das, wie gesagt, anders. Der Offizier, der bei Beginn des Krieges in amtlicher Eigenschaft in der Versammlung Berliner Schneider erschien, um sich über die von den Versammelten beklagten Ausbeutungspraktiken einzelner Unternehmer zu unterrichten, ist dafür nur eines von vielen Beispielen.

Die Gesamtwirksamkeit der Arbeitsgemeinschaften wird sehr verschiedener Art sein. Es wird auch auf sie zutreffen, was von so mancher Einrichtung zu sagen ist: sie wird das sein, was ihre Mitglieder daraus machen wollen

und machen können. Sind die Mitglieder ernstlich bestrebt aus der Gemeinschaft eine Einrichtung zu schaffen, die ihren Namen verdient, dann wird sie auch in engen Grenzen Nützliches schaffen. Ist eine Gemeindeverwaltung aus finanziellen Gründen außerstande neue Bauten in Angriff zu nehmen, neue Straßen dem Verkehr zu erschließen oder andere Aufwendungen zu machen, dann können gemeinnützige Gesellschaften zu neuen Unternehmungen angeregt und in der Beschaffung von Baugeldern unterstützt werden. Ähnliches gilt von Privaten, an die appelliert werden müßte. Geschieht das alles, dann ist die Daseinsberechtigung der Kriegsarbeitgemeinschaften erbracht: auch über den Krieg hinaus.

Ich meine nämlich, daß in den Monaten, die der Waffenruhe folgen werden, die eigentliche Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften erst beginnen muß. Jetzt ist es verhältnismäßig leicht mit den riesigen Aufträgen der Heeresverwaltung die Arbeiter und Angestellten zu beschäftigen, die noch nicht unter den Fahnen stehen. Wenn aber erst die Millionen aus Feindesland zurückfluten und beschäftigt sein wollen, in einer Zeit, in der Militäraufträge nicht mehr vorliegen, dann kommt alles darauf an den *Inlandsmarkt* zu beleben. Englands Plan die deutsche Industrie und den deutschen Handel zu vernichten wird ja nicht in Erfüllung gehen. Immerhin sind die Schwierigkeiten nicht zu unterschätzen, die sich unserer Exportindustrie bei der Wiedergewinnung ihrer Absatzmärkte entgegenstellen werden. Da heißt es dann für eine Weile im Inland das zu erneuern und aufzubauen, was durch den Krieg zerstört, das nachzuholen, was durch ihn versäumt worden ist. Siegreich über den Friedensschluß hinaus bleibt das Land, das sich am leichtesten von den Wunden erholt, die der Weltkrieg seinem Wirtschaftsleben schlägt. Gewiß sind zu diesem Heilungsprozeß mehrere Vorbedingungen erforderlich, die einzeln aufzuführen jetzt nicht die Zeit ist. Auch werden der Gesetzgebung wichtige Aufgaben dabei zufallen; ich denke dabei an Erleichterungen auf dem Geldmarkt, an Beleihungen durch städtische und staatliche Körperschaften. Aber die Arbeitsgemeinschaften können in dieser Zeit eine überaus fruchtbringende Tätigkeit entfalten, wenn sie der Geist der Gemeinsamkeit bis zu dem Zeitpunkt zusammenhält, wo das Reich endgültig der Gefahr entronnen ist wirtschaftlich zu unterliegen. Vielleicht wird die Industrie, wird das Gewerbe noch einmal umlernen müssen, sich neuen Verhältnissen und Bedürfnissen anzupassen haben. Die Arbeitsgemeinschaften können diesen Prozeß vereinfachen und so den Beweis liefern helfen, daß das deutsche Wirtschaftsleben auch im Frieden zu siegen versteht.

Bleiben aber die Arbeitsgemeinschaften dort, wo sie sich im Krieg als lebensfähig erwiesen haben, über den Friedensschluß hinaus bestehen, dann gibt es eine Menge von Gründen, die für ihre *da u e r n d e* Beibehaltung sprechen. Was sich im Krieg bewährt, kann im Frieden nicht untauglich sein. »Gutachten und Anträge an die Behörden zu erstatten, die gemeinsamen Interessen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu beraten, den wirtschaftlichen Frieden zu fördern«: wenn das die Zweckbestimmung der Arbeitsgemeinschaften ist, dann gleichen sie darin der Einrichtung, mit deren gesetzlicher Einführung sich schon der Reichstag in langen Beratungen beschäftigte, ohne freilich zu einem positiven Ergebnis zu gelangen: den *Arbeitskammer*. Die Vorlagen der Regierung und die Beschlüsse der Reichstagskommission zu diesem Gesetzentwurf waren gewiß nicht auf den Krieg und

die Bedürfnisse des Krieges zugeschnitten. Hätten die Arbeitskammern aber schon bestanden, so wären sie die Arbeitsgemeinschaften geworden, die, weil sie sofort als gesetzlich anerkannte Vertretungen aktionsfähig gewesen wären, manche Auswüchse des Privatspekulantentums hätten verhindern können.

Der Krieg hat manche heilsame Lehre gebracht, mit manchen Vorurteilen aufgeräumt. Werden alle, die es angeht, sich aus diesen Vorgängen belehren lassen? Die Sekretäre der Berufsorganisationen und der Wirtschaftsverbände standen vor dem Krieg bei der Regierung im Verdacht der Unzugänglichkeit, der Unversöhnlichkeit. Darum ist der Arbeitskammergesetzentwurf nicht Gesetz geworden. Die Kriegsarbeitgemeinschaften aber sind vornehmlich das Werk der Organisationssekretäre. Daraus ziehe ich den Schluß, daß zu den Siegen des deutschen Volkes nicht allein der bedeutende Strategie, der tapfere Soldat, der erziehende Schulmeister und der schnelle Eisenbahner gehören, sondern auch die Verbandssekretäre von hüben und drüben, die, wenn sie sich in Friedenszeiten auch als scharfe wirtschaftliche Gegner gegenüberstehen, in der Stunde gemeinsamer Gefahr sich gemeinsam der Gefahr entgegenstellen. Die weiteren Konsequenzen mögen andere ziehen.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Max Schippel

Kriegskredite In einer sehr lehrreichen Zusammenstellung versucht die Frankfurter Zeitung vom 16. April die seit dem Kriegsbeginn aufgenommenen Vorschüsse und Anleihen zu schätzen. Sie kommt dabei allein für die am Krieg teilnehmenden Großmächte Deutschland, Österreich-Ungarn, England, Rußland und Frankreich auf rund 42 Milliarden Mark: nämlich Deutschland 13½, England etwa 12, Frankreich über 7, Rußland 6, Österreich-Ungarn über 3 Milliarden. Natürlich sind diese Anleihe-summen in sehr verschiedenem Maß verausgabt oder noch verfügbar. Deutschland vor allem hat durch seine zweite Kriegsanleihe von 9 Milliarden Mark noch für eine Reihe kommender Monate vorgesorgt, während andererseits Österreich-Ungarn im Begriff steht mit einer neuen Kriegsanleihe hervorzutreten, schon um seine, von der Österreichisch-Ungarischen Bank beanspruchten Kredite so weit wie möglich wieder abzulösen. Eine stärkere Gleichförmigkeit besteht darin, daß fast jeder Staat überwiegend auf seine eigenen Finanzkräfte angewiesen war. Doch bleiben kennzeichnende Abweichungen. Die Türkei und Serbien beispielsweise

sind wesentlich mit von ihren Verbündeten durchgehalten worden, so daß die Türkei bisher überhaupt eine Anleihe nicht begeben hat. Rußland erlebte bereits bei seiner innern dritten 500 Millionen Rubel-Anleihe ein Fiasko und verlängerte deshalb die Zeichnungsfrist. Nicht nur hat die Russische Staatsbank, nach den sichtbaren Ausweisen, bereits 1287 Millionen Schatzscheine übernehmen müssen, sondern man klopfte auch bereits 2mal in England an: das erstmal im Dezember vorigen Jahres, wo England 12 Millionen Pfund Sterling Schatzwechsel abnahm, allerdings nicht, ohne daß vorher die Russische Staatsbank aus ihrem Goldbestand 8 Millionen Pfund Sterling bei der Bank von England hinterlegte, offenbar um das englische Mißtrauen in die russische Finanzlage zu beschwichtigen. Frankreich und England haben sich schon, obwohl mit verhältnismäßig bescheidenen Ansprüchen, an die Vereinigten Staaten gewendet. Was die Anleiheform anlangt, so ist besonders für England die Bevorzugung der kurzfristigen Schatzwechsel (in letzter Zeit mit 5jähriger Laufzeit) vor den festen Anleihen charakteristisch. Endlich verdient noch hervorgehoben zu werden, wie selbst die neutral beiseite stehenden Länder den Kriegsdruck fühlten und zu Anleihen griffen.

»So hat die Schweiz, die zur Sicherung ihrer Grenzen ihr Heer mobilisierte, 2mal innere Anleihen von insgesamt 80 Millionen Francs und später auch eine Anleihe in den Vereinigten Staaten von 15 Millionen Dollar begeben; Holland, das ebenfalls zur Mobilisation geschritten ist, hat eine innere Anleihe von 275 Millionen Gulden aufgenommen; das selbe war in Italien der Fall, das eine Anleihe von 1000 Millionen Lire auflegte. Außerdem hat eine Reihe anderer neutraler Staaten kleinere Anleihen teils im Inland teils auch im Ausland zur Begebung gebracht. Zieht man alle diese Summen in Betracht, dann dürfte der seit Beginn des Krieges auf dem Anleiheweg und durch Vorschüsse im Zusammenhang mit dem Krieg bisher beanspruchte Geldbetrag sich nicht weit entfernt von 45 Milliarden Mark halten.«

× **Kriegsanleihe** Der ungeheure Erfolg der zweiten deutschen Reichsanleihe wurde schon früher geschildert (siehe diese Rundschau, in diesem Band, pag. 306). Unterdes ist eine eingehendere Statistik erschienen, die die Einzelzeichnungen nach Größenklassen scheidet. Die allgemeine Volksanteilmahme tritt hier abermals eindrucksvoll hervor. Das Bild ist dieses (die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die erste Kriegsanleihe im Herbst):

Größenklasse Mark	Zahl der Zeichnungen	Zeichnungsergebnis Millionen Mark
bis 200	452 113	71 (36)
300 bis	581 470	254 (111)
600 "	660 776	604 (587)
1 100 "	418 861	733
2 100 "	361 459	1 354 (579)
5 100 "	130 903	1 057 (450)
10 100 "	46 105	745 (307)
20 100 "	26 407	926 (410)
50 100 "	7 742	648 (315)
100 100 "	4 361	1 066 (509)
500 100 "	538	440 (287)
über 1 000 000	325	1 162 (869)
zusammen	2 691 060	9 060 (4 460)

3 Milliarden Mark, ein volles Drittel der Gesamtsumme, sind demnach in Zeichnungen bis zu 5000 Mark aufgebracht worden. Von den kleineren Zeichnungen (bis 1000 Mark) abgesehen, war bis zum 14. April die Einzahlung von 30 % des zugeteilten Betrags obligatorisch; tatsächlich waren zu dieser Zeit nicht weniger als 67 %, mehr als 6 Milliarden Mark, beglichen.

× **Arbeitsmarkt** Der vertrauenswürdige, verhältnismäßig günstige Allgemeinzustand des deutschen Wirtschaftslebens läßt sich am besten an den Ziffern der Arbeitsmarktstatistik ablesen. Der Arbeitsnachweis, das Organ des Verbands deutscher Arbeitsnachweise, faßt am 20. März das Ergebnis dahin zusammen: »Die wirtschaftliche Verfassung des Deutschen Reichs zeigt eine kaum erwartete Elastizität und Widerstandskraft. Die Volksernährung ist gesichert, die finanzielle Kriegsrüstung ist von einer erstaunlichen Stärke, Gewerbe und Handel haben befriedigend bis reichlich zu tun, so daß der Arbeitsmarkt von Monat zu Monat mit einer nur einzigen Ausnahme eine fortschreitende Erleichterung erfährt. Seit Juli stellte sich am deutschen Arbeitsmarkt die Zahl der Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen, wie folgt: Juli 1914 144,30, August 236,12, September 195,45, Oktober 163,22, November 150,61, Dezember 131,31, Januar 1915 134,82, Februar 127,21. Nur der Januar hat eine kleine Unterbrechung der Besserung gebracht, die von September ab einsetzte. Der Februar hat den Andrang abermals in bemerkenswertem Grad herabgedrückt, so daß für das Frühjahr nicht nur mit einer Fortdauer der günstigen Verfassung, sondern noch mit einer weiteren Erleichterung zu rechnen ist. Ein Andrang von 127,21 erinnert schon an die Monate der Hochkonjunktur. Jedenfalls aber sind alle Befürchtungen zusehends geworden, die ein beängstigendes Anfluten der Arbeitslosigkeit und sozialen Not nach dem Ausbruch des Krieges und insbesondere für die Wintermonate in Aussicht stellten. Das gerade Gegenteil ist eingetreten: die Lage hat sich fast andauernd gebessert.«

× **Kriegsschriften** Der Verlag S. Fischer in Berlin veröffentlicht seit kurzem eine Sammlung von Schriften zur Zeitgeschichte, aus

der besonders eine geistvolle Studie Franz Oppenheimers über Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft hervor gehoben sein möge.

Aus einem Zyklus von Vorträgen für die Volkshochschulkurse in Leipzig ist Dr. Ferdinand Schmidts Kriegswirtschaftslehre /Leipzig, Veit/ hervorgegangen. Sie sucht die durch den gegenwärtigen Krieg ausgelösten Erscheinungen und Maßnahmen unter einheitliche Gesichtspunkte (Theoretisches, Heeresverwaltung, Finanzen, Wirtschaftspolitik, Internationales) zusammenzufassen, um auf diese Weise einen künftigen systematischen Ausbau einer neuen ökonomischen Sonderdisziplin anzubahnen.

Sonst seien aus der wirtschaftlichen Kriegsliteratur noch verzeichnet: ein Vortrag Professor Dr. P. H. Schmidts (Sankt Gallen) über Weltwirtschaft und Kriegswirtschaft /Zürich, Orell-Füssli/, ferner Dr. Otto Prange Deutschlands Volkswirtschaft nach dem Kriege /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/, endlich der Vortrag von Professor Dr. Adolf Weber (Breslau) über Wirtschaftliche Kriegssorgen unserer Feinde /Breslau, Preuß & Jünger/.

Sehr belehrend versprechen die von Dr. Hans Spethmann und Dr. Erwin Scheu herausgegebenen Kriegsgeographischen Zeitbilder /Leipzig, Veit/ zu werden, die mehr wirtschaftsgeographische und wirtschaftsstatistische Beiträge zum Verständnis des Völkerringens zu geben suchen. Bis jetzt liegen 4 Hefte vor: über Antwerpen, über die Bedeutung des Kanals mit seinen Küsten und Flottenstützpunkten, über die Kohlenversorgung der verschiedenen Kriegführenden und über die wirtschaftlichen Grundlagen der beteiligten Staaten im allgemeinen.

Halb Nachschlagewerk halb Einführungsschrift ist das vom Deutschen Generalgouvernement in Brüssel publizierte Handbuch Belgien, Land, Leute, Wirtschaftsleben (mit 2 Karten) /Berlin, Mittler/.

Die wichtigsten Industriezweige Frankreichs, vor allem gerade auch die großen Geschützfabriken an der Saône und an der Loire, von Schneider in Creuzot, schildert anschaulich Victor Cambon, ein im praktischen Leben stehender Ingenieur (Frankreich bei der Arbeit /Stuttgart, Franckh/).

Hofrat Franz Meisel (Prag) und Professor Arthur Spiethoff (Prag) behandeln Österreichs Finanzen und den

Krieg /München, Duncker & Humblot/, mit einem sehr günstig abschließenden Schlußurteil über die finanziellen Kräfte der österreichischen Einnahmewirtschaft; eine Ersparung von 300 Millionen Kronen sei sehr leicht neben einer Einnahmevermehrung von 250 Millionen Kronen zu erzielen, und ein »volkswirtschaftliches Bündnis mit dem Unternehmungsgeist, dem Organisations-talent und der Kapitalkraft Deutschlands« werde für Österreich erst recht große wirtschaftliche Erfolge in Aussicht stellen. Daneben seien, gleichfalls bei Duncker & Humblot erschienen, erwähnt: Das österreichische Staatsschuldenwesen von seinen Anfängen bis zur Jetztzeit von Dr. Max Reinitz und Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn und die internationalen Interessen von Dr. Béla Rajnik.

× **Kurze Chronik** Die deutsche Roheisen-
erzeugung, die sich seit
dem ersten schweren

Rückschlag im August ununterbrochen erholte, hat, ähnlich wie im Oktober zum Beginn der Herbstsaison, im März eine außergewöhnliche Hebung erfahren. Die Monatsproduktion, die im Juni und Juli 1914 auf 1,53 und 1,56 Millionen Tonnen stand, fiel im August und September auf 587 661 und 580 087 Tonnen. Dann wurden Monat für Monat folgende Mengen (stets Tonnen) erzielt: 729 841 (Oktober), 788 956, 853 881, 874 133, 803 623 (Februar mit nur 28 Tagen), 938 438 (März). Da die Monate ungleich viel Arbeitstage umschließen, so bietet die Produktion pro Arbeitstag einen noch bessern Anhalt; sie betrug im Juni und Juli 51 044 und 40 463 Tonnen, alsdann im ersten Mobilmachungs- und Kriegsmonat August nur 18 925 Tonnen, um darauf monatsweise sich emporzuarbeiten auf Tonnen: 19 336, 23 543, 26 299, 27 545, 28 198, 28 701, 30 272 (März). × Der Goldbestand der Reichsbank hatte sich bis zum 15. April auf 2 355 437 000 Mark vermehrt.

× **Literatur** Auf Grund von wirklichen Haushaltsrechnungen geht der verdienstvolle badische Fabrikinspektor Karl Bittmann den Zusammenhängen zwischen Arbeiterhaushalt und Teuerung nach /Jena, G. Fischer/. Ohne Schönfärberei kommt er dabei schließlich zu einem nicht ungünstigen Ergebnis: »Im großen und ganzen hat mit dem glän-

zenden Aufschwung der Industrie ein gewaltiger, durch die Teuerung nur vorübergehend gehemmter Aufstieg der Arbeiterschaft stattgefunden, der, wenn man nach dem heute in der Literatur vorliegenden statistischen Material aus anderen Ländern urteilen darf, den Vergleich mit der Erhöhung der Real-löhne im Ausland durchaus nicht zu scheuen braucht. Sicherlich haben viele Arbeiter den Einfluß der teuren Zeit auf ihren Haushalt sehr unangenehm empfunden. Glücklicherweise jedoch hat sich die Befürchtung, die Kaufkraft des Lohnes werde dauernd Einbuße erleiden, nicht bestätigt.« × Einen auch statistisch reichhaltigen Abriss der japanischen Volks- und Finanzwirtschaft gibt in Schanz' Wirtschafts- und Verwaltungsstudien /Leipzig, Deichert/ der japanische Professor Masao Kambe (Die Entwicklung der japanischen Volkswirtschaft in der Gegenwart). × Zu der selben Sammlung gehört die umfangreichere gewerbgeschichtliche und soziale Studie von Dr. Friedrich Bühler Die Entwicklung der Tuchindustrie in Lambrecht. × Hauptsächlich auf Grund der Erfahrungen der Zeit von 1892 bis 1911 verfolgt Hammerbacher, auch mit vielen Ausblicken auf die technische Entwicklung, die Konjunkturen in der deutschen Eisen- und Maschinengroßindustrie /München, Oldenbourg/. × Das hochinteressante Gebiet des Handels mit periodischer Literatur, der heute den anderen Zweigen des Buchhandels, dem Sortiment-, dem Reise- und Versandbuchhandel durchaus ebenbürtig ist, untersucht Ernst Drahn in der, anlässlich der Leipziger Buchgewerbeausstellung veröffentlichten Geschichte des deutschen Buch- und Zeitschriftenhandels /Berlin, Zentralverein deutscher Buch- und Zeitschriftenhändler/. × Nach ihrer Entstehung, Organisationsform und Politik und ihren wirtschaftlichen Wirkungen zergliedert Walter Eucken die Verbandsbildung in der Seeschifffahrt in den Staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen /München, Duncker & Humblot/. × In Professor Leitners Einzelwirtschaftlichen Abhandlungen /Berlin, G. Reimer/ analysiert Conrad A. Wille auf Grund der Prozesse von 1913 das System des Bucketshop bank- und börsentechnisch sowie juristisch. × Als sehr guter internationaler geschichtlicher und handelspolitischer Überblick ist Otto Jöhlingers Ar-

beit Die koloniale Handelspolitik der Weltmächte in der Sammlung Volkswirtschaftliche Zeitfragen /Berlin, Simion/ zu empfehlen. × In eine ungünstige Erscheinungszeit fiel leider Dr. Karl Kucklentz' reichhaltige Verarbeitung eines weitschichtigen Materials über das Zollwesen der deutschen Schutzgebiete in Afrika und der Südsee /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/. × Bei Duncker & Humblot in München hat Dr. E. Wagemann, der schon vor einigen Jahren in seiner Britisch-westindischen Wirtschaftspolitik ein treffliches Augenmaß für überseeische Kolonialprobleme bekundete, ein umfassendes Werk über die Produktions-, Verkehrs-, Kredit- und Währungsverhältnisse Chiles erscheinen lassen, unter dem Titel Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile. Auch über soziale Mißstände und die politische Korruption findet man wertvolle Abschnitte. × Heimat- und Wirtschaftskunde für Rheinland und Westfalen nennt sich ein stattliches, im Verhältnis zum Umfang überraschend billiges Werk, das Dr. Otto Brandt und Dr. Otto Most in Düsseldorf unter Mitwirkung zahlreicher Fachmänner bei Baedeker in Essen herausgegeben haben.

Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

Kriegswir- Über den Einfluß des
kungen Krieges auf die deutschen Gewerkschaften erfolgten zunächst gewerkschaftliche Erhebungen am Anfang September und am 31. Oktober 1914. Am 27. Februar veröffentlichte nun das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands das Ergebnis einer 3. Erhebung über die Wirkung des Krieges auf die Gewerkschaften. Nach dieser am 30. Januar 1915 vorgenommenen Statistik hatten die freien Gewerkschaften 1 508 366 Mitglieder, am Schluß des Jahres 1913 dagegen 2 519 226. Zum Kriegsdienst allein waren bis zum 30. Januar 1915 780 594 Mitglieder (34,1 %) eingezogen. Die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich Anfang September von 370 126 (21,2 % der Mitglieder) auf 96 393 (6,6 %). Auch die Zahl der bei verkürzter Arbeitszeit und mit gekürztem Lohn Beschäftigten verringerte sich etwas seit Oktober 1914. Immerhin ist die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in einzelnen Arbeitszweigen sehr groß. Am 30. Januar 1915 waren noch 17,3 % der Porzellanarbeiter, 22,6 % der Bildhauer, 14,5 % der

Hutmacher, 42,4 % der Zivilmusiker, 17,2 % der Gastwirtsgehilfen, 8,5 % der Buchdrucker, 10,5 % der Buchdruckereihilfsarbeiter, 12,8 % der Buchbinder, 13,5 % der Hilfsarbeiter arbeitslos.

Zu den ermittelten Ziffern der arbeitslosen Gewerkschafter bemerkt das Korrespondenzblatt: »Bei der Beurteilung des Umfangs der Arbeitslosigkeit muß berücksichtigt werden, daß in bestimmten Bezirken, in denen die Exportindustrie vorherrschend oder allein vorhanden ist, die Zahl der Beschäftigungslosen ganz enorm hoch ist, so hoch, daß das Wirtschaftsleben in diesen Bezirken völlig erlahmt. Die Durchschnittszahlen für das ganze Gebiet des Deutschen Reichs dürfen deshalb nicht den Maßstab für die Notwendigkeit der öffentlichrechtlichen Arbeitslosenfürsorge bilden.«

In den 6 Kriegsmonaten zahlten die freien Gewerkschaften 17 783 000 Mark an Arbeitslose und 6 180 000 Mark an Familien der Kriegsteilnehmer aus.

×
**Arbeitslosen-
fürsorge**

× Die Generalkommission der Gewerkschaften stellte im Korrespondenzblatt vom 26.

Dezember 1914 auf Grund der gewerkschaftlichen Erhebungen vom September 1914 fest, daß 301 Gemeinden des Deutschen Reichs die Arbeitslosenunterstützung in irgendeiner Form durchgeführt haben. Ende Januar 1915 veranstaltete die Generalkommission abermals eine Umfrage über die Einführung der kommunalen Arbeitslosenfürsorge, die sich über 846 Gemeinden erstreckte und folgendes Resultat zutage förderte: 527 Gemeinden hatten Arbeitsloseneinrichtungen getroffen, 4 solche im Prinzip beschlossen und 315 derartige Institute teils abgelehnt teils bestehende wieder aufgelöst. Von den 3775 Gemeinden im Deutschen Reich mit mehr als 2000 Einwohnern haben sich also nur 13 % auf dem Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege betätigt, selbst nach den Erleichterungen der Bundesratsbestimmungen. Von den 49 Großstädten über 100 000 Einwohner verhielten sich 14, von den 49 größeren Mittelstädten (50- bis 100 000 Einwohner) 24, von den 108 kleineren Mittelstädten (25- bis 50 000) etwa die Hälfte auf diesem Gebiet passiv. Die meisten dieser Gemeinden wollten das Vorhandensein einer Arbeitslosigkeit nicht anerkennen. Arbeitslosenunterstützungen hoben auf die Gemeinden: Bohnsdorf, Krefeld, Krimmitschau, Dobritz bei Dresden, Fürsten-

berg an der Oder, Oederan, Ohrdruf, Pegau, Pulsnitz, Schönwald, Schwiebus, Seiffenhensdorf, Stelzendorf, Stollberg, Treuen, Waiblingen, Werder an der Havel und Westerland (Sylt).

Die Arbeitslosenunterstützungen stellen sich zum Teil sehr niedrig: einen Höchstsatz von mehr als 12 Mark pro Woche bringen nur 54 Gemeinden zur Auszahlung. Naturalien als Arbeitslosenunterstützung neben der Barunterstützung werden von 69 Gemeinden gewährt. 97 Gemeinden begnügen sich mit gelegentlicher Wohlfahrtspflege.

29 Gemeinden rechnen noch heute die gewerkschaftlichen Unterstützungen voll an und 38 die sonstigen Unterstützungen. In 53 Gemeinden wird die gewerkschaftliche Unterstützung zur Hälfte, in 4 Gemeinden zu einem höhern Bruchteil und in 35 Gemeinden zu einem kleinern Teil angerechnet. In einigen Städten (wie Berlin) werden die Unterstützungen durch die Gewerkschaften ausgezahlt, in anderen üben die Gewerkschaften ein Kontrollrecht über die Arbeitslosen aus. Kein Versuch wurde bekannt der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge den Charakter einer Armenunterstützung zu geben.

Die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften ist natürlich nicht erschöpfend. Daher spricht die Generalkommission den Wunsch aus, daß angesichts der Tatsache, daß der weitaus größte Teil der Gemeinden sich beharrlich den Aufgaben dieser Kriegswohlfahrtspflege entzieht, von leitender Stelle des Reichs Klarheit über den Stand der Kriegsfürsorge geschaffen wird.

Im Ausland, in Frankreich, sind namentlich von Paris Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen getroffen worden. Die Unterstützung beläuft sich auf 1,25 Franc pro Tag und 0,50 Franc für jedes Kind unter 16 Jahren. Zu der Unterstützung der Stadt trägt der Staat ein Drittel bei. Am 31. Dezember 1914 wurde an 243 932 erwachsene Personen in Paris die Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Da die arbeitslosen Frauen der Mobilisierten, denen der Staat eine gleiche Unterstützung zahlt, in dieser Zahl nicht einbegriffen sind, so müssen die Arbeitslosen viel höher bemessen werden. Paris dürfte über 300 000 Arbeitslose zählen.

×
**Arbeits-
vermittlung**

× Am 3. März unterbreiteten die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der Christ-

lichen Gewerkschaften Deutschlands, der Verband der Deutschen Gewerkvereine und die Polnische Berufsvereinigung eine Petition betreffend gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung dem Bundesrat und dem Reichstag (siehe den Artikel Umbreits, in diesem Band, pag. 338 f.). Die Petition bezweckt eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung im Deutschen Reich, die im Hinblick auf die heftigen Erschütterungen des Arbeitsmarkts im Krieg direkt notwendig geworden ist. Diese Regelung ist außerdem durch die Vorsorge für die nach dem Krieg zurückströmenden Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten direkt geboten. Über die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises wurden dann bestimmte Leitsätze aufgestellt, die für jede größere Gemeinde sowie für je einen Bezirk von kleineren Gemeinden die Errichtung eines Arbeitsamts fordern. Dem Arbeitsamt sollen alle Arbeitsnachweise in seinem Bezirk unterstellt werden. Das Arbeitsamt selbst soll zu gleichen Teilen aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter auf Grund einer Verhältniswahl zusammengesetzt werden und unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden stehen. Das Arbeitsamt erfüllt wichtige Funktionen für die Krankenversicherung und für die Statistik der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsämter sollen organisatorisch für bestimmte Landesteile zu Landes- oder Bezirksarbeitsämtern zusammengefaßt werden. Die Zentrale dieser Bezirks- oder Landesarbeitsämter bildet dann das Reichsarbeitsamt. Für die Arbeitsvermittlung stellen die Leitsätze wichtige Grundsätze auf: Die Arbeitsvermittlung hat unentgeltlich zu geschehen. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur herangezogen werden, wenn keine einheimischen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden sind. Arbeitsnachweise dürfen nicht zur Beschränkung der Organisationsfreiheit der Arbeitgeber und Arbeiter ausgenutzt werden. Sind für ein bestimmtes Gewerbe Tarifverträge abgeschlossen, so kann durch Beschluß der Verwaltung des Arbeitsnachweises bestimmt werden, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt. In der verflochtenen kurzen Reichstagsmärztagung stellte sich nun der Reichstag unter Stimmenthaltung eines Teils der Rechten auf den Boden dieser von den 4 Gruppen der Arbeitergewerk-

schaften eingereichten Vorschläge zur Organisation der Arbeitsvermittlung, die so entschieden für die Gründung paritätischer Arbeitsnachweise und Arbeitsämter eintreten. Leider verhielt sich der Staatssekretär Delbrück diesem dringlichen Antrag gegenüber sehr kühl, er anerkannte nur die Notwendigkeit einer bessern Organisation der Arbeitsvermittlung, damit die Millionen von Kriegsteilnehmern ohne größere Reibungen in das Erwerbsleben wieder zurückgeleitet werden können. Übrigens stellte Delbrück auf diesem Gebiet provisorische Anordnungen auf Grund der Machtbefugnisse des Gesetzes vom 4. August 1914 in Aussicht.

Die Frage der Arbeitsvermittlung liegt in zahlreichen Arbeitszweigen der deutschen Volkswirtschaft noch sehr im argen, namentlich im Bergbau, wo die Vermittlung von Arbeitskräften nicht hauptsächlich auf die Versorgung mit Arbeitskräften aus dem Inland, aus der einheimischen Bergarbeiterbevölkerung gerichtet ist sondern auf das Werben von Arbeitskräften aus landwirtschaftlichen Bezirken und aus dem Ausland. Im lothringischen Minettebergbau bestand zum Beispiel die Belegschaft vor dem Krieg bis zu 40 % aus Italienern, in Schlesien wurde der Arbeiterbedarf vielfach aus Russisch-Polen und Galizien gedeckt. Unter den Kohlenbergwerksarbeitern des Oberbergamtsbezirks Dortmund befanden sich 1913 30 000 Ausländer, und außerdem stammten 34 % der Gesamtbelegschaft aus dem Osten des preußischen Staates. Einen förmlichen zentralisierten Zwangsarbeitsnachweis haben die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer durch den sogenannten Zechenverband eingerichtet. Der Zwangsarbeitsnachweis für die rheinisch-westfälischen Zechen verpflichtet die angeschlossenen Zechen ihren Bedarf an Arbeitern dem Arbeitsnachweis anzuzeigen, und sie dürfen die Arbeiter nur zur Arbeit annehmen, wenn sich diese im Besitz eines von der Nachweistelle ausgestellten gültigen Arbeitsnachweisscheins befinden. Dadurch ist eine vollständige Kontrolle und Überwachung der Arbeiter geschaffen. Der Zechenzwangsarbeitsnachweis ist daher, wie Otto Hue in seinem instruktiven Aufsatz Arbeitsvermittlung im Bergbau im Korrespondenzblatt der Generalkommission im einzelnen nachweist, »keine eigentliche Arbeitsvermittlungsstelle sondern eine Kontrollstation zwecks leichter Durchführung der antigewerk-

schaftlichen Maßnahmen der Grubenbesitzer«. Diese Tatsache hat auch zu einem geschlossenen Protest aller Bergbauorganisationen gegen die einseitigen Zwangsarbeitsnachweise geführt. Die Organisationen fordern heute noch wie vor 5 Jahren die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen.

×
Gewerkschaftsrecht

In der Märztagung des Reichstags wurde auch die rechtliche Stellung der Gewerkschaften erörtert. Namentlich forderte man energisch die Beseitigung der Ausnahmestellung der politischen Vereine, zu denen ja häufig von den Behörden die Gewerkschaften gerechnet wurden. Sehr entschieden verlangte man auch die Aufhebung des Sprachenparagraphen im Reichsvereinsgesetz. Im Hinblick auf die Revision des Reichsvereinsgesetzes empfahl der Reichstag der Berücksichtigung des Reichskanzlers einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Gewerkschaften davor sichern will zu politischen Vereinen erklärt zu werden. Ferner stimmte der Reichstag einer Resolution zu, die den Bundesrat ersuchte die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück bezeichnete es als fraglich, ob das Ziel einer bessern Rechtsstellung der Gewerkschaften durch Abänderung des Reichsvereinsgesetzes oder zweckmäßiger durch ein eigenes Gewerkschaftsgesetz erreicht werde. Doch stellte er eine Prüfung dieser Frage in Aussicht und sprach die Hoffnung aus, daß ein großer Teil der Beschwerden der Gewerkschaften unter dem Eindruck der Erfahrungen und Lehren des Krieges von selbst verschwinden werden.

×
Budgetbewilligung und Gewerkschaften

Für die Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zu der Frage der Budgetbewilligung im deutschen Reichstag ist der Artikel Krieg, Budget und Sozialpolitik im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 27. März 1915 von großer politischer Wichtigkeit. Der Artikel kritisiert nämlich scharf die Vorgänge der kurzen Tagung des Reichstags vom 10. bis zum 20. März. Er schreibt unter anderm: »Auch die sozialdemokratische Partei konnte sich unter den gegebenen Verhältnissen der Pflicht der Budgetbewilligung nicht entziehen. Wie sie vordem die Mittel für

die Kriegführung zur Verteidigung des Reiches gegen seine derzeitigen Feinde bewilligt hatte, so mußte sie in Konsequenz dieser Entscheidungen auch jetzt für den Fortbestand des Reiches eintreten, das unser Vaterland ist. Eine Trennung der Kriegsausgaben von den Verwaltungsausgaben des Reiches wäre sinnlos gewesen, da das Reich den Krieg nur dann zu Ende führen kann, wenn sein innerer Bestand ungestört erhalten bleibt, wie es auch sinnlos wäre etwa nur die Mittel zur Beendigung des Krieges zu bewilligen, dagegen den übrigen Haushalt, der gerade jetzt während des Krieges soziale Funktionen von größter Wichtigkeit zu erfüllen hat, abzulehnen. . . Wir sind überzeugt davon, daß die Reichstagsfraktion nicht anders handeln konnte als sie es tat. Die Größe des Augenblicks hat unsere Partei zu einer großen und guten Tat befähigt, die sie vor jedem Parteitag verantworten kann. Daß nicht alle Mitglieder der Fraktion sich dieser Entscheidung anschlossen, kann nicht die Bedeutung der letztern für die Sache des deutschen Volkes schmälern, wenn es auch für den künftigen Parteifrieden nicht ohne Einfluß bleiben wird. Vom Gesichtspunkt der Parteieinheitlichkeit, die gerade im gegebenen Moment hätte gewahrt werden müssen, muß die Flucht eines erheblichen Teils der Fraktionsmitglieder vor der Abstimmung beklagt werden, auch wenn diese Genossen durch ihre Abstinenz nur ihr formales Recht ausgeübt haben. Noch bedauerlicher ist es, daß diese Abstimmungsfucht sich in fast demonstrativer Form vollzog und ergänzt wurde durch die Veröffentlichung der Namen der *Unentwegten* im Vorwärts, was einer Flucht der Minderheit in die Öffentlichkeit gleichkam.«

×
Kurze Chronik

Die Kriegswirkungen machten sich auch in Schweden stark im Wirtschaftsleben geltend. Die Sociala Meddelanden des Arbeitsamts, die ihre Angaben auf Mitteilungen der Gewerkschaften stützt, stellt fest, daß von den berichtenden Mitgliedern im November 1914 8,1 % und im Dezember 10,3 % arbeitslos waren. 1913 waren in den gleichen Monaten nur 2,6 und 4,4 % arbeitslos. × In einem interessanten Referat über die schweizerische Gewerkschaftsbewegung im Korrespondenzblatt der Generalkommission vom 6. März 1915 macht D. Zinner auf die geradezu merk-

würdige Erscheinung aufmerksam, daß Gewerkschaftsvorstände förmlich die Auswanderung der Mitglieder in kriegsführende Länder, besonders nach Deutschland und Frankreich, organisierten. × Der Zustrom der englischen Eisenbahner zur Armee erwies sich am Beginn des neuen Jahres als so stark, daß dem Verkehrsdienst einiger Eisenbahngesellschaften dadurch erhebliche Schwierigkeiten erwuchsen. Bis Ende Dezember 1914 waren 66 366 englische Eisenbahner in das Heer eingetreten. × Zu den ältesten Gewerkschaften der Welt zählt die Typographische Vereinigung in Columbia, die Mitte Januar 1915 ihren 100. Geburtstag feierte. Im Jahr 1867 hatte sich diese Gewerkschaft dem großen Landesverband der Buchdrucker angeschlossen.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Kulturentwicklung Unter dem Titel Hauptfragen der modernen Kultur /Leipzig, Teubner/ hat Emil Hamacher, Dozent der Philosophie in Bonn, auf dessen umfangreiches Werk über das philosophisch-ökonomische System des Marxismus seinerzeit in dieser Rundschau (1909, 3. Band, pag. 1450 f.) hingewiesen wurde, ein Buch erscheinen lassen, das gewisse neuere Tendenzen: in der kulturgeschichtlichen Betrachtung wiederum auf allerhand metaphysische Gesichtspunkte und Maßstäbe zurückzugreifen, rückwärts bei Fichte oder Hegel anzuknüpfen, charakteristisch widerspiegelt und insofern nicht ohne Interesse ist. Man kann kaum sagen, daß diese Richtung die Bedeutung der ökonomischen Gesellschaftsstruktur für alle Zweige des sozialen, also auch des kulturellen Lebens etwa prinzipiell abzustreiten und von dieser Seite her den Grundgedanken von Marx' materialistischer Geschichtsauffassung zu bekämpfen sucht. Ein solches Beginnen wäre auch von vornherein aussichtslos. Um so schärfer wendet sie sich natürlich gegen die schlagwortartigen Formulierungen, die den Zusammenhang all der verschiedenen Lebenssphären der Gesellschaft, in denen die vergesellschaftete menschliche Natur mit ihren verschiedenartigen Anlagen und Interessenstreбungen sich auswirkt, so zu deuten scheinen, als ob das ökonomische Moment nicht bloß in Wechsel-

wirkung mit den anderen stehe sondern der letzthin allein bedingende und bestimmende Faktor sei. Eine Ansicht, die aber, wenn man sich nicht an einzelne absichtlich paradox zugespitzte Marxsche Sätze sondern an seine wirkliche historische Betrachtungsweise im Kapital hält, offenbar auch von Marx selber nicht vertreten wird. Wird überhaupt nach einem durchgängig und allgemein Bedingenden in den geschichtlichen Erscheinungen gefragt, so kann als solches selbstverständlich nur jene von mannigfachen Arten des Bedürfnisses getriebene menschlich gesellschaftliche Natur bezeichnet werden, die unter den Verhältnissen einer gegebenen Umwelt, ihren keimhaft angeborenen Anlagen und Zwecksetzungen gemäß, ihr gesellschaftliches Dasein, das ökonomische, politische usw. selbst gestaltet und in Reaktion auf die so gestalteten Verhältnisse, gemäß jenen Anlagen und Bedürfnissen, zu immer neuen Zielsetzungen gelangt, die meist nur im Kampf mit dem Bestehenden, im Kampf der im gesellschaftlichen Rahmen gegensätzlich interessierten Gruppen, zur Durchsetzung gelangen können. Jeder Versuch da näher zu erforschen, wie weit gemeinsame ökonomische Interessen, die den einzelnen durch ihre Zugehörigkeit zu einer jeweils ökonomisch bestimmten Gruppe im Gesellschaftsganzen vorgezeichnet sind, weitergreifend auch ihr politisches und sonstiges Verhalten mitbestimmen, setzt immer schon den Rahmen einer in diesem ganz allgemeinen Grundverhältnis verlaufenden Bewegung voraus. Wobei es klar liegt, daß die in der Gesamtbewegung sich manifestierenden Bedürfnisse unmöglich auf solche einer einzigen Art, also auch nicht auf die sogenannten ökonomischen Interessen sich restlos reduzieren lassen. Hierüber kann im Grund kein Streit bestehen. Der prinzipielle Gegensatz, in dem jene Richtung von vornherein zu dem Marxismus steht, ist vielmehr, daß sie mit der, wie Engels sagt, materialistischen, besser: der positivistisch-naturalistischen Weltanschauung, die für Marx, nachdem er unter dem Einfluß Feuerbachs mit der Hegelschen Metaphysik gebrochen hatte, zum selbstverständlichen Besitz und zur Grundlage seiner ganzen weiteren Arbeit wurde, aufräumen möchte. Es ist das ein Positivismus, der aber in Wahrheit keineswegs die Beschränkung auf eine rein kausale, sich jeden Werturteils enthal-

tende Betrachtung der geschichtlichen Phänomene als Postulat einschließt. Im Gegenteil, so sehr es Marx um die Erkenntnis der Wirklichkeit zu tun ist, so unverkennbar ist sein ganzes Denken andererseits von Triebkräften einer in ganz bestimmter Weise wertenden, einer humanitären Gesinnung aufs innigste durchdrungen.. Dadurch, daß der Mensch, herausgelöst aus dem Gewebe einer über die Grenzen möglicher Erkenntnis hinausspekulierenden Philosophie, für ihn zum rein empirischen Naturobjekt wird, erleidet die Begeisterung, die er für Menschliches empfindet, die Hoffnung einer Zukunft, in der die in die menschliche Natur gesetzten Anlagen sich in einer vom Zwang der Ausbeutung befreiten Gesellschaft ungehemmt entfalten können werden, der Glaube, daß die gesellschaftliche Entwicklung bei allen namenlosen sie begleitenden Leiden am Ende dennoch einer höhern, einer menschenwürdigen Ordnung zusteuere, keinen Abbruch. Seine Deutung der Geschichte, so grundverschieden in ihrer Hervorkehrung der ökonomischen Bewegung von den geschichtsphilosophischen Entwürfen bei Kant, bei Fichte und Hegel, kulminiert, wie die jener, in der Beziehung auf ein in der Bewegung angelegtes, durch sie realisierbares und zu realisierendes Ziel, in dessen Konzeption ein wertender, ein idealistisch gerichteter Wille mitspricht. Der Sozialismus, dessen Kommen er in den ökonomischen Verhältnissen und Kämpfen als kausal notwendig verbürgt sieht, gilt ihm nicht bloß als ein Mittel reichlicherer Versorgung für die Massen sondern durch die Erlösung von der Not zugleich als Reich der Freiheit, das jeder individuellen Kraft im Ausmaß ihres Könnens, nur durch die gleichen Lebens- und Freiheitsansprüche aller anderen begrenzt, weitreichendste Entfaltungsmöglichkeiten sichert. Sein kausales Denken (hätte es sonst die Geschichte als Entwicklung, als Ansteigen zu einem Ziel fassen können?) bereichert sich mit den Impulsen einer in gewissem Sinn zugleich teleologischen Betrachtungsweise. Etwas wie der Glaube an eine natürliche Bestimmung des menschlichen Geschlechts spielt da mit hinein, der Glaube an eine vernünftige Gattungsanlage, die die Verhältnisse, deren sie zu ihrer vollen Verwirklichung bedarf, durch das Medium einer unmittelbar von ganz anderen (meist eigen-

nützigen) Motiven und Interessen vorangetriebenen Bewegung am Ende doch erreichen werde.

Wie man bei der Betrachtung der biologischen Organismen, bei Untersuchung ihrer Lebensfunktionen, ob ausgesprochen oder nicht, doch immer schon das zweckmäßige Wirken irgendwelcher verborgenen Kräfte unterstellt, die wir einstweilen jedenfalls nicht, vielleicht auch niemals als Resultat exakt erkannter, mechanischer, chemischer und sonstiger Naturgesetze ableiten können, so läßt sich aus dem Begriff der sozialen Entwicklung die Idee des Eingestelltseins des historischen Prozesses auf die Realisierung eines überindividuellen Gattungsziels vernünftiger sozialer Ordnung (unbeschadet der Forderung so weit wie irgend möglich die Kausalerklärung auszudehnen) nicht grundsätzlich eliminieren. Auch der Naturalist wird das nicht leugnen können, wird einräumen, daß er hier, wie in so vielen anderen Punkten, auf »Welt-rätsel« stößt, von denen nicht abzusehen ist, wie sie sich jemals in das Schema einer blind kausalen Naturgesetzlichkeit, deren Typus wir in den exakten Naturwissenschaften vor uns haben, einfügen lassen werden. Mag sein, wird er entgegnen, daß der in dieser exakten Art gefaßte Begriff der Naturgesetzlichkeit zu eng ist, daß die Natur, die auf der höchsten Sprosse der Entwicklungsreihe der Geschöpfe ein Lebewesen wie den Menschen, mit Fähigkeiten bewußten Zweckhandelns ausgestattet, erzeugt, in ihrem eigenen Wesenskern und in dem Grund der Gesetze, nach denen sie verfährt, selbst irgendwie bereits etwas einschließt, das man nach Analogieen in Menschensprache Zweckbeziehung nennen würde. Mag sein, mag sein auch nicht. Jedes Grübeln, wie sich das verhalte, verkennt indessen die Schranken, die menschlichem Verstand gezogen sind, und muß daher in unfruchtbaren Spekulationen sich verlaufen. Und in die Maske solcher Spekulationen pflegt sich dann auch der Wunsch zu kleiden eine religiöse Gedankenwelt, die, vor Jahrhunderten entstanden, dem Geist autoritätslos kritischer Forschung diametral zuwiderläuft, in philosophischen Formen irgendwie zu restaurieren, dem Weltbild der Erfahrung und der Wissenschaften, das sich in lauter relativen Bestimmungen bewegt, ein anderes, das mit dem Anspruch auf absolute Wahrheit auftritt, indessen dabei die

Widersprüche nur ins Ungemessene steigert, gegenüberzustellen. Die eingeschränkten und nur relativen Zweckmäßigkeit analogie, die die Natur in buntem Durcheinander mit dem Widerpiel grausam zwecklosen Leidens aufweist, verwandeln sich dann in den Ausdruck eines Gotteswillens, dessen Heiligkeit kein fürwitziger Verstand der Leidenden in Zweifel ziehen darf; die menschliche Bestimmung; das Menschliche herauszubilden oder zu steigern, in eine von Gott vorgeschriebene Bestimmung; Werturteil und Gewissen sind Äußerungsformen des Absoluten usw. An die Stelle einer durch Wunder bezeugten, da und dort erschienenen Offenbarung tritt eine spinnewebene Syllogistik, deren vermeintliche Erkenntnisse des Transzendenten dem diese unbefangen an dem Eindruck der Wirklichkeit nachprüfenden Verstand nicht weniger zweifelhaft als jene Wunder scheinen. Nicht eigentlich der Materialismus, der sich, näher zusehen, in seiner Doktrin selbst als Metaphysik entpuppt, die prinzipielle Abkehr von aller positiven metaphysischen Dogmatik stellt sich so als eine der charakteristischen Züge der Marx'schen Geschichts- und Entwicklungsauffassung dar. Die Versuche in die Betrachtung des Fortschritts und der Kultur von neuem, in Nacheiferung von Fichte und Hegel, metaphysische Gesichtspunkte einzuführen kennzeichnen sich so ihr gegenüber von vornherein als eine Reaktion, die in unfruchtbarem Konstruieren steckenbleiben muß.

Welchen Verworrenheiten auf diesem Weg Tür und Tor geöffnet werden, dafür liefert jenes Hammachersche Buch, das nebenher, wo der Verfasser sein Prophetenamt vergißt, auch mancherlei anregend diskutabile Beobachtungen über moderne Kultur Tendenzen enthält, ein drastisches Beispiel. »Die letzte Tatsache der modernen Kultur«, heißt es in der Programmklärung des Vorworts, »ist mir der Wille bewußt zu leben. Er führt . . . zum metaphysischen Selbstbewußtsein, zur Mystik; das Werden zu ihr [also zur Mystik] ist das Wesen der modernen Welt.« Wirklich eine funkelnelneue Entdeckung. Hinzugefügt wird freilich, daß »ihr [der modernen Welt] wirksamster Faktor« allerdings der Wille wurde »in Wissenschaft und Leben die empirische Welt zu erobern«. Kaum hat sich der Leser bei diesem Satz vom vorigen etwas

erholt, erfährt er zu seinem abermaligen Erstaunen, daß »diese rationalistische Lebensform . . . wegen ihrer Unvollständigkeit . . . zu einem Kampf zwischen Masse und Individuum auf Tod und Leben« geführt hat. Ein Orakelspruch, zu dessen Begründung in dem Buch der Hinweis auf das in den modernen Wissenschaften wuchernde Spezialistentum, auf die Mechanisierung der Handarbeit in den Fabriken, die durchgängige Gewöhnung an rechnermäßige Nützlichkeitswägungen und dergleichen dienen soll. Das alles seien Faktoren, die eine Verflachung der Persönlichkeit, ihr Aufgehen in der »Masse« unabwendbar nach sich zögen. Mit mindestens dem gleichen Recht ließe sich natürlich, wenn man die gegenwirkenden Momente, so das wunderbare Erwachen der früher dumpf vegetativ hindämmernden Arbeiterschaft, die großen Perspektiven, die ihr der moderne Sozialismus eröffnet, die allgemeine Horizontzerweiterung durch die Presse, die Regsamkeit und Phantasieerize großstädtischen Lebens, die Anteilnahme breiter Kreise in allen Schichten an einzelnen Kulturbewegungen, in Betracht zieht, auch die gegensätzliche Behauptung aufstellen: daß schwerlich je ein früheres Zeitalter in solchem Umfang Chancen und ausgenutzte Chancen seelisch-intellektueller Bereicherung und Vertiefung der Individualitäten entwickelt habe wie gerade die Gegenwart. Indes, was hilft das, würde der Verfasser sagen, wenn die »Mystik«, deren »Werden« ja laut Vorwort »das Wesen der modernen Welt« sein soll, und die sich Hammacher als eine Art Vereinigung aus Meister Eckehart und Hegel vorzustellen scheint, trotzdem bei der Entwicklung nicht recht gedeihen will? Er besorgt das in der Tat und leitet daraus pessimistische Zukunftsprophezeiungen her. »Das gemeinsame und einigende Band der Religion ist verloren gegangen, durch das erst die Synthese und der persönliche Stil der Kultur ermöglicht wird.« Durch den aufklärerischen Rationalismus treibt unsere Gesellschaft und Kultur rettungslos der Unterhölung und so dem schließlichen Untergang entgegen. Doch selbst hierfür gibt es wieder einen »metaphysischen« Trostgrund: Man vergesse nicht, heißt es im Schlußkapitel, daß »die Dauer des Lebens kein höchster Wert ist . . . Selbst . . . das Sterben an den durch die Fortschritte der Erkenntnis selbst erzeugten Krankheiten

des geistigen und sozialen Lebens, des Körpers unseres metaphysischen Lebensinhalts, ist so wenig ein Grund der Verzweiflung, daß wir vielmehr gerade so der Gottähnlichkeit versichert werden.«

× **Kurze Chronik** In dem 2. Kriegsesemester der deutschen Universitäten, das nun beginnt, ist der Vorlesungsbetrieb sehr eingeschränkt, da eine große Reihe von Dozenten wegen militärischer Dienste absagen mußte. Von Nationalökonomien stehen unter anderen die Professoren Bernhard (Berlin), Stehlinger (Tübingen) und Wilbrandt (Tübingen) im Feld. × Über die Rolle, die der Boykott in den wirtschaftlichen Kämpfen der Vereinigten Staaten spielt, unterrichtet das Buch des Amerikaners Harry W. Laidler *Boycotts and the Labor Struggle* /New York, Lane/.

Rechtswissenschaft / Hugo Heinemann

Lindenberg † Am 9. Februar starb der Präsident am Strafsenat des preußischen Kammergerichts Georg Lindenberg. Die wissenschaftlichen Arbeiten des Verstorbenen nehmen einen ganz hohen Rang in der juristischen Literatur ein. Insbesondere gilt dies von seiner Kommentierung einiger der wichtigsten Reichsgesetze in dem großen, vom Verlag Otto Liebmann in Berlin herausgegebenen Werk *Die strafrechtlichen Nebengesetze. Praxis und Wissenschaft* schöpfen dauernd aus diesen scharfsinnigen Schriften. Das Amt, das Lindenberg bekleidet hat, ist für die organisierte Arbeiterschaft von großer praktischer Bedeutung. Der Strafsenat des Kammergerichts ist nicht nur, wie jeder Strafsenat eines Oberlandesgerichts, Revisionsinstanz gegen die in 2. Instanz erlassenen Strafkammerurteile, er ist außerdem höchstes Gericht in Preußen für alle Strafsachen, die die Übertretung eines rein preußischen Strafgesetzes betreffen. Hierzu gehören alle Polizeiübertretungen. Diese aber greifen in die Bewegung jeder oppositionellen politischen und wirtschaftlichen Partei ein. Die Bedeutung dieses Senats und seines Präsidenten sei daher nachstehend noch besonders gewürdigt.

× **Preußisches Kammergericht** × Wie sich bei uns in Deutschland die Verhältnisse vor dem Krieg entwickelt hatten, wurden insbesondere der Arbeiterbewegung mittels polizeilicher Strafe-

setze Schwierigkeiten bereitet. Erst der Krieg hat hierin eine erfreuliche und, wie rückhaltlos anerkannt werden muß, gründliche Umwandlung hervorgerufen. Auf die Beibehaltung dieses veränderten Zustands ist entscheidendes Gewicht zu legen, da die Betätigungsfreiheit der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften in hohem Maß davon abhängt, wie weit dasjenige Gebiet, auf dem die Polizeiverwaltung gesetzgebender Faktor ist, ausgedehnt wird, und welche Auslegung der Inhalt der Polizeiverordnungen erfährt. Es kommt noch etwas hinzu: Das vormärzliche preußische Landesstrafrecht mit seinen vielen veralteten, den beschränkten Untertanen auf jedem Schritt im öffentlichen Leben begleitenden Strafandrohungen gibt die Möglichkeit der politischen Betätigung des kämpfenden Proletariats entgegenzutreten. Dieses hat daher ein großes Interesse, daß das Landesstrafrecht von den Gerichten in möglichst weitem Umfang als durch das Reichsstrafgesetzbuch beseitigt angesehen wird. Nach beiden Richtungen hin ist die Stellungnahme des Kammergerichts als des höchsten preußischen Gerichtshofs von ausschlaggebender Bedeutung.

Im Vorwärts wurde den Lesern mit stereotyper Regelmäßigkeit erzählt, daß der Strafsenat des Kammergerichts unter der Präsidentschaft Lindenbergs und nach Entfernung des liberal gesinnten Kammergerichtsrats Havenstein aus dem Senat eine außerordentliche Verschlechterung erfahren habe und mehr und mehr mit vollen Segeln in das polizeiliche Fahrwasser eingeschwenkt sei. Dieser Vorwurf ist durchaus unbegründet. Die Rechtsprechung des Kammergerichts entspricht allen Anforderungen, die an ein Revisionsgericht zu stellen sind. Das Gesetz hat die Befugnisse der Oberlandesgerichte in ihrer Eigenschaft als Revisionsgerichte erheblich mehr eingeschränkt als die des Reichsgerichts. Dieses hat ein Urteil aufzuheben, wenn es irgendeine Gesetzesvorschrift verletzt, mag diese dem materiellen oder dem formellen Recht angehören. Dagegen haben die Strafsenate der Oberlandesgerichte die Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren nicht nachzuprüfen. Mag also auch ein Verstoß gegen das Gesetz in formeller Hinsicht vorliegen: das Urteil ist dennoch aufrechtzuerhalten. Diese gesetzliche Vorschrift gehört zu den bedenklichsten Bestimmungen der Strafprozeßordnung. Ihre Beseitigung erscheint mir viel not-

wendigt als die zu Unrecht in den Mittelpunkt der Reformbestrebungen gestellte Einführung der Berufung gegen die erstinstanzlichen Urteile der Strafkammer.

Trotz dieser engen Grenzen, die das Gesetz dem Oberlandesgericht in seiner Eigenschaft als Revisionsgericht zieht, hat der Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz Lindenberg's es an einer strengen, gerechten Nachprüfung der Berufungsurteile nie fehlen lassen und alle zu rechtlichen Bedenken Anlaß gebenden Urteile aufgehoben. Nicht wenige Entscheidungen des Senats sind wissenschaftliche Meisterleistungen.

Nur in einem praktisch allerdings überaus wichtigen Fall hat das Kammergericht unter dem Vorsitz Lindenberg's zu einer sehr bedauerlichen Rechtsauslegung sich bekannt. Daraus kann jedoch kein Vorwurf gegen die Persönlichkeit der Richter hergeleitet werden; nur ihre Rechtsauffassung ist zu bekämpfen. Dieser Fall betrifft die rechtliche Beurteilung des Streikpostenstehens. Die Straßenpolizeireglements bestimmen bekanntlich, daß den im Interesse der Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen ergehenden Anordnungen eines Aufsichtsbeamten unbedingt Folge zu leisten ist. Im Gegensatz zu seiner frühern Rechtsprechung legt nun das Kammergericht diese Vorschrift in ständiger Rechtsprechung jetzt dahin aus, daß die Gerichte nicht nachzuprüfen haben, ob die polizeiliche Anordnung, zum Beispiel die Aufforderung des Schutzmanns an den Streikposten sich zu entfernen, notwendig oder zweckmäßig gewesen sei, oder ob diese Voraussetzung nicht vorgelegen habe. Es komme lediglich darauf an, ob der Schutzmann von der Ansicht ausgegangen sei, daß der Streikposten im Interesse der polizeilichen Ordnung zu entfernen sei. Mag diese Ansicht auch noch so falsch, unbegründet und leichtfertig sein, es genügt, daß der Schutzmann sie hatte, um jedes Nichtbefolgen seiner Anordnung strafbar zu machen. Nun fügt zwar das Kammergericht hinzu: Wenn allerdings die Anordnungen der Aufsichtsbeamten gar nicht den Zweck verfolgten die Sicherheit und Ruhe auf der öffentlichen Straße zu wahren sondern ganz anderen Interessen dienen sollten, zum Beispiel wenn der Aufsichtsbeamte lediglich beabsichtigte das Streikpostenstehen als solches zu verbieten, dann sei der Un-

gehorsam gegen die polizeiliche Anordnung nicht strafbar. Allein diese Einschränkung der polizeilichen Macht ist praktisch wertlos. Das Streikpostenstehen kann nur dann als gegen Über- oder Mißgriffe der Verwaltungsbeamten gesichert und damit die Ausübung des Koalitionsrechts als gewährleistet angesehen werden, wenn dem Richter die selbstverständliche Befugnis verliehen wird die polizeiliche Maßnahme auf ihre objektive Berechtigung hin nachzuprüfen.

Die Änderung der Rechtsprechung in dieser Beziehung ist dringend zu wünschen.

× **Tarifvertrag** In diesen Tagen ist eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 29. Januar 1915 in Sachen der Firma Speditions- und Elbschiffahrtskontor gegen den Deutschen Transportarbeiterverband veröffentlicht worden, die für den Anhänger der Idee des Tarifvertrags als eines wichtigen Mittels zur Erhaltung des sozialen Friedens außerordentlich erfreulich ist. Das höchste Gericht vertritt darin mit immer steigender Entscheidung den Satz, daß jede Verletzung der Tariftreue mit dem Wesen des Tarifvertrags unvereinbar ist und Schadensersatzpflichtig macht. Im Anschluß an dieses Urteil sollen kurz die einzelnen Stadien erörtert werden, die der Begriff des Tarifvertrags in unserm Recht durchlaufen hat. Dies ist deshalb lehrreich, weil sich nirgends so deutlich wie hier zeigt, in welch hohem Maß der Krieg zur Beseitigung einseitig individualistischer Rechtsanschauungen beigetragen hat.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Juristen überhaupt nicht wußten, was sie mit dem kollektiven Rechtsgebilde Tarifvertrag anfangen sollten, da es sich durchaus nicht in die Formeln des Pandektenrechts einzwängen lassen wollte. Man verfiel daher auf die abstruse Idee den Tarifvertrag als eine Verabredung zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen anzusehen. Daraus würde dann folgen, daß jedermann das Recht des jederzeitigen Rücktritts von dem geschlossenen Tarifvertrag zusteht, da der § 152 Absatz 2 der Gewerbeordnung den unbeschränkten Rücktritt von der Koalition gestattet. Den Tarifvertrag mit einer Koalition zu identifizieren ist schlechthin sinnlos. Das Wesen der Koalition ist Kampf, das Wesen des Tarifvertrags

Friede, damit Streiks und Aussperrungen vermieden oder beendet werden. Die Koalition will günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen, der Tarifvertrag setzt diese Bedingungen fest. Vor allem aber: Die Koalition bezieht sich auf Abreden einer und der selben Wirtschaftspartei, der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer, nicht auf solche, die beide Parteien mit einander treffen. Der Tarifvertrag dagegen ist auf die gegenseitige Verpflichtung der beiden Parteien zu tarifgemäßem Verhalten gerichtet. Nach langem Hin- und Herschwanken haben dies endlich auch die Gerichte eingesehen. In einer Entscheidung, die vorbildlich geworden ist (mitgeteilt im 73. Band der Entscheidungen in Zivilsachen, pag. 92 ff.), spricht das Reichsgericht sich mit Entschiedenheit gegen die Ansicht aus, daß der Tarifvertrag eine unter § 152 der Gewerbeordnung fallende Verabredung sei, also rechtlich in der Luft schwebende. Es könne nicht als die Absicht des Gesetzgebers angesehen werden Einigungen zwischen Gruppen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen durch Versagen jeden Rechtsschutzes zu entwerten und damit mittelbar zu verhindern. Auch sonst liege kein Grund vor solchen Vereinbarungen, abweichend von den allgemeinen, über die Klagbarkeit der Verträge bestehenden Rechtsgrundsätzen, die Klagbarkeit abzuspochen.

Damit war ein gewaltiger Schritt vorwärts getan. Immer aber blieb es dabei, daß durch den Tarifvertrag nur diejenigen Arbeitgeber und Arbeiter als berechtigt und verpflichtet angesehen wurden, die am Tarifvertragsabschluß beteiligt sind, entweder als Selbstkontrahenten oder als durch ihren Verein oder Verband Vertretene. Dem Tarifvertrag eine weitere Ausdehnung zu geben ließ sich auf Grund des geltenden Rechts mit seinem auf rein individualistischen Gedanken beruhenden Vertragssystem nicht durchsetzen und kann tatsächlich auch ohne Rechtsänderung nicht erfolgen.

Für eine solche aber hat der Krieg die Grundlage geboten. Mit sicherem Takt haben unsere militärischen Behörden erkannt, daß es kein besseres Mittel gibt, um die während des Krieges unbedingt notwendige Einstellung der Kämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen und die deutsche Volkswirtschaft ungefährdet durch die Stürme der Kriegszeit hindurchzuleiten

als die Entwicklung der Tarifvertragsidee. Aus dieser Erwägung heraus benutzten die militärischen Behörden die ihnen heute als größten Auftraggebern zustehende Macht dazu wo irgendmöglich durchzusetzen, daß die zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter vereinbarten tarifgemäßen Lohn- und Arbeitsbedingungen ohne weiteres als Norm an Stelle des individuellen Arbeitsvertrags traten. Daß die staatlichen Behörden auch in ihren eigenen Betrieben nach diesem Grundsatz verfahren, versteht sich von selbst.

Überblickt man den hiermit zurückgelegten Weg, so sieht man, wie wir uns immer mehr dem kollektiven Vertragsabschluß nähern, dem Gedanken, daß es nicht Sache des einzelnen Arbeiters und des einzelnen Unternehmers ist, welche Löhne oder sonstige Arbeitsbedingungen sie vereinbaren wollen, sondern daß die beiderseitigen Organisationen zu bestimmen haben, was auf dem Gebiet des Arbeitsvertrags Rechtens sein soll.

× Kurze Chronik Justizrat Hugo Neumann vom Kammergericht ist gestorben. Sein

Tod hinterläßt in der Juristenwelt eine nicht auszufüllende Lücke. Neumann war Leiter einer großen Zahl der wichtigsten literarischen Unternehmungen auf dem Gebiet des Rechts. Die früher höchst sterile und langweilige Juristische Wochenschrift hat sich unter seiner Redaktion zu einer der besten juristischen Zeitschriften entwickelt. Neumann hat auch einen sehr praktischen und trefflichen Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch geschrieben. × Von den Vereinen, die der Reform des Strafrechts gewidmet sind, steht die Internationale kriminalistische Vereinigung an erster Stelle. Allerdings hat auch sie ihr ursprüngliches großzügiges Programm in keiner Weise verwirklicht, sie ist immer zahmer und offizieller geworden. Ihr Hauptfehler lag darin, daß sie sich fast ausschließlich mit dem allgemeinen Teil des Strafgesetzbuchs beschäftigt hat. Für die wichtigen sozialistischen Probleme, die im besondern Teil des Strafgesetzbuchs liegen, hat sie nie Verständnis gehabt, sie hat daher die Versuche die Ausübung des Koalitionsrechts mit Hilfe des Strafrechts einzuzengen nie bekämpft. Die Vereinigung versendet jetzt ein Zirkular, aus dem sich ergibt, daß es zweifelhaft ist, ob sie als internationale fortbestehen oder sich zu einem

rein deutschen Verein umgestalten wird. X Für Preußen ist ein Gesetz in Kraft getreten, wonach Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer wegen Handlungen, die vor der Einberufung zu den Fahnen begangen worden sind, im Wege der Gnade auch dann niedergeschlagen werden können, wenn sie bereits gerichtlich eingeleitet sind. Das Gesetz wird viele Personen vor Strafe bewahren. Es findet auch dann Anwendung, wenn bereits eine Verurteilung in einer untern Instanz ausgesprochen ist; nur darf das Urteil noch nicht die Rechtskraft erlangt haben. Die Begründung zu dem Gesetz und die damit gleichzeitig veröffentlichte Ausführungsverordnung des preußischen Justizministers halten sich von jeder kleinlichen, engherzigen Auslegung frei und treten dafür ein, daß das Gesetz so human wie es gedacht ist zur Anwendung gebracht wird. X Der preußische Minister des Innern hat erneut befohlen, daß die Unterstützung an die Familien von Kriegsteilnehmern niemals als Armenunterstützung behandelt werden dürfe. »Nichts würde dem Geist der Familienunterstützungsgesetze mehr widersprechen, als wenn Unterstützungen, die von den Gemeinden ergänzend zubilligt werden, zu einer politischen Entrechtung des Familienhaupts führen würden.« X Das Kammergericht hat in einer Sache wegen groben Unfugs unter dem 1. Februar eine jetzt vorliegende sehr wichtige, erfreuliche Entscheidung gefällt. Es betont darin, daß das Verteilen von Zetteln oder Ankleben von Plakaten, die gegen einzelne Personen einen Boykott aussprechen, den äußern Bestand der öffentlichen Ordnung nicht gefährden und daher nicht als grober Unfug strafbar sind. X Das Reichsgericht hat entschieden, daß der militärische Befehlshaber berechtigt ist die Polizeistunde für Gastwirtschaften während des Belagerungszustands nach seinem freien Ermessen festzusetzen. Die Entscheidung ist juristisch unanfechtbar und vom praktischen Standpunkt aus zu begrüßen.

X
Literatur X
 Das von Potthoff und Sinzheimer herausgegebene Jahrbuch für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten, betitelt *Arbeitsrecht* /Stuttgart, Heß/, behandelt im 3. und 4. Heft die Einwirkungen des Krieges auf das Arbeitsverhältnis. Der Inhalt des Heftes ist außerordentlich

reichhaltig und lehrreich. Die von den Herausgebern selbst herrührenden Aufsätze *Der Krieg und die Zukunft des Arbeiterrechts* und *Krieg und Tarifverträge sind vortreffliche Arbeiten* und zeugen, was sich bei den Verfassern von selbst versteht, von großem sozialpolitischen Verständnis. Ganz besonders sei noch auf den ausgezeichneten Aufsatz *Rudolf Wissells Arbeitsbeschaffung in der Industrie hingewiesen*. Das Heft verdient, namentlich auch im neutralen Ausland, weiteste Verbreitung. Es ist dankenswert, daß die Verlagsbuchhandlung zu diesem Zweck Exemplare zu ermäßigtem Preis abgibt. X Professor Dr. Paul Rehmes *Geschichte des Handelsrechts* /Leipzig, Reiland/ ist von hoher wissenschaftlicher Bedeutung. Der Verfasser schildert darin das *Werden des Sonderrechts des Handels*, das heißt der auf die Vermittelung des Güterumlaufs zwischen Produzenten und Konsumenten gerichteten Erwerbstätigkeit. Eine ausführliche zusammenfassende Darstellung der Geschichte des Handelsrechts war bisher nicht vorhanden. Der unerreichte Meister auf dem Gebiet des Handelsrechts, der verstorbene Rechtslehrer an der Berliner Universität Levin Goldschmidt, hatte es unternommen diese Geschichte zu schreiben. Er konnte jedoch nur einen Teil veröffentlichen, als der Tod diesen ersten aller Juristen dahintraffte. Man kann der Wissenschaftlichkeit des Rehmeschen Buchs kein besseres Zeugnis ausstellen, als daß man es als eine würdige Fortsetzung der Arbeiten Goldschmidts bezeichnet. X Bei Abfassung des Gesetzes über einen einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag mußte die höchst streitige Frage der Besteuerlichkeit des Monarchen im Einzelstaat und der Bundesfürsten im Reich erörtert werden. Diese Betrachtungen haben Dr. Alexander Nöldeke die Veranlassung geboten in juristisch klaren und erschöpfenden Ausführungen den Gegenstand zu behandeln (*Die Steuerfreiheit der Bundesfürsten im Deutschen Reich* /Karlsruhe, Braun/). Der 1. Teil des Buches bespricht die Besteuerung des Monarchen im Einzelstaat, der 2. die Besteuerung der Bundesfürsten im Reich. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die Fürsten im Deutschen Reich als Landesherrn und als Bundesfürsten sowohl der Steuergewalt ihres Staats als des Reichs unterliegen, wie jeder andere Inhaber von Vermögensobjekten.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern**Chagall**

Sämtliche Arbeiten Chagalls, die ich kürzlich in dem Privatbesitz Herwarth Waldens sah, waren vor einigen Monaten in den Räumen des Sturms zu sehen. Diese Ausstellung hatte ich versäumt. Auf dem Herbstsalon vorigen Jahres waren mir aber 3 Bilder von Chagall aufgefallen, von denen das Wichtigste wohl die Kreuzigung war. Den selben fremdartigen und starken Eindruck wie damals hatte ich jetzt bei seinen Aquarellen, nur stärker und unmittelbarer, da sie als schnell gemalte Skizzen mehr Persönliches an sich haben. Einen seltsamen Menschen hat man vor sich, wie ihn unsere Kulturwelt wohl nicht hervorbringen könnte. Allemal, wenn hier in Berlin oder Paris Künstler die Unkultur suchen, steckt doch immer Bildung dahinter, die als ein neues Ziel ihrer Zickzackwege eben Primitives aufsucht; aber die primitiven Formen, die sie übernehmen, haben ihr Gesicht doch sehr gewandt. Chagall nun hat gar nichts mit unserer Welt zu tun. Von all den fertigen Dingen im Schauen und Wissen, mit denen Unserer bereits zur Welt kommt, sieht man nichts bei ihm. Nirgends ist Fertiges. Auch seine Bilder sind nicht in unserm Sinn fertig. Sie kommen einem vor, wie noch mit den ersten körperlichen Zusammenhängen an ihn selbst geknüpft, und als wenn es Gewalttat ist sie zu trennen. Man spürt in erster Reihe nur Kräfte. Es ist, als wenn eine ganz durstige Seele ohne alles Vorher plötzlich mitten in die Welt gesetzt wäre und sich nun von lauter Wundern umstellt sieht. Am ehesten läßt sich Chagall mit einem Kind vergleichen und dessen Art zu sehen. Die Großen haben um sich harte und feste Gegenstände; die Gegenstände bleiben draußen, und die Blicke der Großen stellen sich auf sie ein, sie krümmen auch ihre Augenlinsen und machen wer weiß was, um die Dinge allergründlichst und genau kennen zu lernen. Aber so ein Kindchen macht die Augen auf wie die Fensterchen zu seiner Seele und läßt die Dinge alle hineinströmen, die da ein gutes Leben weiter leben mögen. Sie stehen nicht in Ordnung wie bei uns sondern wachsen neben einander, vom selben Saft gespeist. Etwas von solch einer Kinderseele hat Chagall, aber in sehr

besonderer Färbung. Er ist russischer Jude, ist vollständig Autodidakt und hat erst, so wie van Gogh, als Großer angefangen zu malen. Er ist als Kaufmann nach Paris gegangen, und diese Blätter sind alle dort entstanden. Von Russischem ist sehr viel in ihm, und wenn auch dann und wann Eindrücke von Paris kommen, so überwiegen doch bei weitem die eingepflanzten Bilder aus Rußland. Die Holzhäuserchen, grüne Kuppeln und die bärtigen Bauern mit ihren kleinen Holzwagen.

Am stärksten ist man bei Chagall wohl von der Impulsivität der Natureindrücke getroffen. Sie setzen mit einer wahren Allgewalt ein und berstende oder rosa Wolken, Hügel, jagende Rinder; alles kann nicht gewaltiger gesehen sein. Das Tempo, in dem die Bilder entstanden sind, muß ein enormes gewesen sein; es ist, als ob eines das andere überstürze. Wie sehr sich Chagall seinem Eindruck ausgeliefert fühlt, zeigt sich auch in den drollig zusammengewürfelten Dingen auf den Bildern. Sachen sind zusammen, die nichts Zusammengehöriges haben, auch nicht in kompositionellem Sinn. Eine Kuh galoppiert, ein Mann trägt mit der Pede Wassereimer in die Höh, ein anderer Mann fährt oben am Hügel einen Ziegenwagen, keins zum andern in Beziehung, und doch alles so heiß lebendig verknüpft wie Glieder von einem Rumpf. Übrigens macht Chagall alles auf hohem Horizont, die Erde als Hintergrund, und ich glaube, dies kann wohl als ein Symptom angesehen werden dafür, daß Chagall die Betrachtung eines Dinges als Sonderding für sich fernliegt. Kinder zeichnen ja auch ihre Welt auf dem Blatt immer weiter in die Höhe, als wenn sie kein Ende hätte.

In Chagalls Bildern sind auch eine Menge Abstrusitäten, die manchem abstoßend sein mögen. Mir scheinen sie von der Selbstverständlichkeit der Volksgespenster, so die immer wiederkehrende rennende Kuh im Himmel. Nur einiges wirkt als Schrulle, fällt damit neben dem andern wesentlich ab. Die Leute zum Beispiel, die am Tisch sitzen und ihren Kopf in der Hand halten, sind nur einfacher Nervenspuk, ohne Naturkraft. Dann und wann ist in seinen letzten Blättern etwas, das mir von den kubistischen Manieren übernommen scheint, ich meine die prismaartige Zerlegung der Körper, die seiner eigentlichen Art fremd ist.

Dann ist aber noch ein anderes in Chagalls Wesen, was mir spezifisch russisch zu sein scheint, ich meine seine Frömmigkeit gegen die Natur. Von russisch kirchlicher Frömmigkeit kann natürlich bei ihm keine Rede sein. Aber die Natur selbst, mit allem, was sie hat, dem Geschlechtstrieb, den Menschen selbst, den dicken rosa Wolken: alles scheint eine Sprache zu sprechen, als wären es Wunder. Die etwas dumpfe, unbestimmte Demut, die sich in den russischen Gebräuchen und auch in der Sprache zeigt und ihren vielen ehrfürchtigen Zärtlichkeitsnamen scheint mir auch in ihm zu leben. Es ist, als wenn die Leute vor irgendetwas Großem knien könnten, dessen Gewalt sie nur unbestimmt in ihrem Blut fühlen. So fromm und ehrfürchtig ist Chagall. Immer und immer wieder macht er eine Kuh und in ihrem Leib ein kleines Bildchen von dem jungen Kalb. Auch eine Frau hat er gemacht, gerade stehend von vorn, das Kindchen in ihr fest und klar ausgemalt. Die Frau dreht den Kopf seitlich zum Mond und legt den Finger an den Mund. So anders dieses auch sein mag, so erinnert es doch an das feurige Herz der Maria auf den primitiven katholischen Bildchen.

Es ist ja nun wohl selbstverständlich, daß bei einem Herausdrängen der Bilder wie bei Chagall an eine Ausmalung des Gegenständlichen nicht zu denken ist. Alles ist hingeschrieben wie bei Kindern. Chagalls Sinne sind schwer und fast etwas russisch klotzig, aber vollgesogen von Farbe. In der groben Körperlichkeit ist er fromm; seine künstlerischen Instinkte fließen merkwürdig frei, ohne irgendeine Hemmung. Schlimm ist, daß ein großer Teil seiner Blätter, gerade die besten, in Privatbesitz verstreut werden. Wenn es allemal zutreffen mag, daß die Arbeiten eines Künstlers erst im Zusammenhang mit einander ganz zu verstehen sind, so trifft das auf Chagall noch in besonderem Sinn zu.

Hoffentlich wird noch einmal auf einer Ausstellung seine gesamte Arbeit gezeigt. Der Mann steht jetzt im Krieg an der russischen Front. Wenn seine Arbeiten doch weiter den großen Lauf nehmen würden wie bisher!

× In der Ausstellung der
Kriegszeich- Königlichen Akademie der
nungen und Künste zu Berlin sind bei
anderes weitem am eindrucksvollsten und wich-

tigsten die Kriegszeichnungen von Dettmann. Er ist als Kriegszeichner in Ostpreußen, in Polen und Galizien mitgewesen, und es sind über 100 Zeichnungen ausgestellt, die meisten in Aquarell. Ich habe nie zu Dettmanns Kunst irgendein wesentliches Verhältnis gehabt, aber für diese Aufgabe ist wohl schwerlich ein besserer Interpret zu finden als er. Seine ganze Natur ist einfach und kräftig. Er sieht die Dinge objektiv und dabei doch ohne Nüchternheit: im Gegenteil lebendig und stark. Menschen und Dinge lösen sich ihm nirgends in irgendwelche künstlerischen Objekte auf: er sieht eben Soldaten, was sie tun und treiben. Das ist für diese Aufgabe nicht genug zu schätzen. Dazu ist sein künstlerisches Talent, seine Beweglichkeit in der Wiedergabe des Gesehenen sehr groß, so daß er wohl imstande ist das Riesematerial zu fassen, soweit das überhaupt recht möglich ist. Er gibt ein Bild nach dem andern; aus dem Feld, Gefangenentransport, Rast, Fluchtszenen, erste Verbandplätze. Und erst durch die Menge dieser Blätter, die alle keinen Anspruch auf Kunst machen wollen, nur Krieg und immer wieder Krieg erzählen, setzt sich etwas bei uns durch, das unsere Vorstellungen zwanghaft und eindringlich mit dem Krieg verbindet und uns etwas von seiner breiten Gewaltamkeit spüren läßt: Gerade die wahnsinnige Anspannung und das immer Vorwärtstreiben der Massen ist zum Ausdruck gebracht, vorbei an den Bürgersleuten aus den Städten und Dörfern, an den Verbandplätzen und an den Toten, eine Massenbewegung, die immer wieder Leben zertritt.

Die Kriegszeichnungen von Rhein und Fabian sind daneben viel ruhiger und fast friedlich; es sind eben Skizzen, des Künstlerischen halber gemacht, nicht um des Krieges willen.

Die Ausstellung ist ziemlich zusammengewürfelt. Gute Arbeiten von einigen Gästen aus der Sezession sind da, besonders von Hübner; dann auch sehr gute Bilder von Kallmorgen. Das meiste ist aber, wie in der großen Kunstaussstellung der vorigen Jahre, der Gegenwart fremd geworden, dem fremd, was man jetzt an Kunst erstrebt. Dieser Art Landschaften, die in erster Linie einen Ausblick in die Tiefe geben wollen, streite ich nicht etwa ihren Kunstwert ab. Sie möchten in der Stube hängen, man sieht sie

gelegentlich an, und sie wecken dann allerhand angenehme Vorstellungen, als wenn man etwa selbst in jenem Raum sich bewege und Fernblick hätte; man sieht da durch die Bildfläche in einen quasi wirklichen Raum hinein. Man will jetzt aber anderswohin und mag sich nicht mit der nötigen Liebe und Gründlichkeit auf das damals Gewollte einstellen.

× **Kurze Chronik** ×
Trotz des Krieges ist im preußischen Staatsbudget die Kunst (Summen für Ankäufe, Unterstützungen usw.) nicht schlechter bedacht als in anderen Jahren. × Der Wirtschaftsverband der bildenden Künste Österreichs hat ein Lokal gemietet, in dem ständig Bilder zum Verkauf ausgestellt sein sollen; das Bildmaterial soll alle 14 Tage gewechselt werden. × Heller in Wien hat eine kleine Sammlung von Kriegszzeichnungen von Kindern ausgestellt. × Es hieß, daß ein Bild Hodlers in der Düsseldorfer Galerie aus dieser wegen der bekannten Hodleraffäre entfernt würde; laut einer Veröffentlichung des Direktors der Galerie ist das nicht der Fall. × In Wien wurden 60 000 Kronen ausgesetzt für einen Wettbewerb, um Vorschläge und Entwürfe für künstlerisch ernsthafte Kriegerdenkmäler zu erlangen. × Die Zeitschrift für alte und neue Glasmalerei /München, Delphinverlag/ bringt ein Preisausschreiben für Glasgemälde zur Erinnerung an rühmliche Taten dieses Krieges und an gefallene Krieger. Im Preisgericht sitzt unter anderen Theodor Fischer.

KULTUR

Verkehr / Felix Linke

Triebwagen Im vorigen Jahr hat die preußische Eisenbahnverwaltung 6 neue benzolelektrische, mit verstärkter Maschinen-ausrüstung versehene Triebwagen eingestellt. Sie werden von Benzolmaschinen der Gasmotorenfabrik Köln-Deutz mit einer Stärke von je 170 Pferdekraften angetrieben, während die früheren Wagen nur eine Stärke von 100 Pferdekraften besaßen. Das elektrische Kraftübertragungswerk ist von den Bergmannwerken erbaut und besteht aus einer Dynamomaschine von 115 Kilowatt Dauerleistung und 2 Reihen-schlußbahnmotoren von je 130 Pferde-

kräften Stundenleistung. Nach Beendigung der Probefahrten unterzog die Eisenbahnverwaltung die Wagen einer besonderen Zuverlässigkeitsprüfung; sie hatten hierbei, zum Teil auf Umwegen, mit eigener Kraft von Opladen nach Allenstein zu fahren, so daß sie von der Abnahmewerkstätte zur Dienststelle 1100 und 1470 Kilometer zurücklegen mußten. Die Probefahrtwege waren Opladen - Hagen - Kassel - Bebra - Erfurt - Probstzella - Erfurt - Sangerhausen - Berlin - Grunewald und Kassel-Nordhausen - Sangerhausen - Berlin-Grunewald; von Grunewald fuhren die Wagen gemeinsam über Posen-Thorn nach Allenstein. Dem Fahrplan entsprach eine Grundgeschwindigkeit von 70 Kilometer in der Stunde, die pünktlich eingehalten wurde. Bemerkenswert waren die Leistungen der Wagen auf Steigungen; sogar bei einer Steigung von 1:40 konnte das Wagengewicht von rund 55 Tonnen mit 21,5 Kilometer Stundengeschwindigkeit befördert werden. Auf der Strecke Grunewald-Posen wurde eine Stundengrundgeschwindigkeit von 80 Kilometer innegehalten. Die gesamte Fahrzeit von Berlin-Grunewald bis Posen betrug 3 Stunden 45 Minuten, während der D-Zug bei der gleichen Zahl von Haltestellen 3 Stunden 52 Minuten braucht. Den Triebwagen kam dabei zustatten, daß sie schnell anfahren können und die Steigungen gut überwinden. Bei der Probefahrt wurden bei vollkommen ruhigem Lauf der Wagen Geschwindigkeiten bis zu 100 Kilometer in der Stunde erzielt.

× **Preußen:** ×
Eisenbahnen Nach einem im Verein für Eisenbahnkunde am 9. März dieses Jahres vom Eisenbahnbauinspektor a. D. Biedermann gehaltenen Vortrag vergrößerte sich von 1890 bis 1913 das Netz der preußischen Haupteisenbahnen von 18 400 auf 21 600 Kilometer, also um 3200 Kilometer oder 19%; die Nebenbahnen stiegen infolge des Nebengesetzes von 1880 von 6300 auf 16 200, also um 9900 Kilometer oder um 156%, bei der kleinen Zahl der staatlichen Schmalspurbahnen fand ein Wachstum von 110 auf 240, also von 130 Kilometer, das heißt um 118%, statt. Insgesamt wurden demnach die staatlichen Bahnen von 24 800 auf 38 000, das heißt um 13 200 Kilometer oder 53%, verlängert. Von diesen 38 000 Kilometern waren über 40% 2- und mehrgleisig.

Rechnet man zu dem Linienbestand der preußischen Bahnen die Betriebsgemeinschaftsgeleise Hessens (und Badens), so ergibt sich ein Bestand von reichlich 39 000 Kilometer bei einer Gesamtgeleislänge von 83 000 Kilometer. Diesem Staatsbahnnetz standen 2350 Kilometer Privatbahnen (zu 93 % Nebenbahnen) gegenüber, die in ihren Aufgaben ergänzt wurden durch ein reichentwickeltes privates Kleinbahnnetz von 14 600 Kilometer Länge.

Ende 1913 betrug das Anlagekapital für die preußischen Bahnen 12 245, die Schuld 7731 Millionen Mark; die beträchtliche Differenz von 4514 Millionen war getilgt. Die wirklichen Tilgungen aber hatten nur 1,7 Milliarden ausgemacht. Es fand hier also erfreulicherweise eine latente Schuldentilgung von über 2,8 Milliarden statt, und zwar dadurch, daß alle Kosten größerer Erweiterungen und Erneuerungen sowie ein großer Teil der Neuanlagen aus dem Ausgabenextraordinarium, das heißt nicht aus Anleihen sondern aus den Betriebseinnahmen, bestritten wurden. Der Betrag der preußischen Staatsschuld mit 10 356 Millionen Mark hält sich zwischen Eisenbahnanlagekapital und Eisenbahnschuld.

Von den Betriebseinnahmen des Jahres 1913 in Höhe von 2557 Millionen blieb nach Abzug der Betriebsausgaben von 1770 Millionen ein Überschuß von 787 Millionen, woraus sich eine Verzinsung des Anlagekapitals mit 6,4 % ergibt (siehe auch die Rubrik Staatssozialismus, in diesem Band, pag. 364 f.).

× **Schweden:** Die schwedische Bahn **Eisenbahnen** Kiruna-Reichsgrenze ist zusammen mit der Betriebseröffnung des Porjuskraftwerks am 8. Februar eröffnet worden. Das Kraftwerk, das besonders die genannte Bahnstrecke mit elektrischem Strom versorgt, konnte mit Hilfe des 1254 Meter langen Staudamms, der den vom Stora Luleelf durchflossenen See Lilla Porjuselet abschließt, auf eine Nutzleistung von 50 000 Pferdestärken gebracht werden. Durch einen weiteren, mit verhältnismäßig geringen Kosten auszuführenden Ausbau läßt sich die Leistung auf das Doppelte erhöhen. Das ganze Werk ist nebst Zu- und Ablauf für das Triebwasser aus dem Felsen herausgesprengt.

Die schwedische Regierung beabsichtigt eine weitere Elektrifizierung ihrer Bahnen. Es handelt sich namentlich um die großen Stammbahnen im Süden des Landes: Stockholm-Göteborg und Stockholm-Malmö. Als Kraftquellen für die Göteborger Linie sind das staatliche Kraftwerk am Trollhättan und die Anlage, die am Motala in der Nähe des Wettersees errichtet wird, vorgesehen, während die Bahn Stockholm-Malmö aus dem Motalawerk und einem nichtstaatlichen Werk am Laga gespeist werden soll. Später wird auch die Linie Göteborg-Malmö elektrische Zugförderung erhalten; der Strom aus dem Trollhättan- und dem Lagawerk wird dann auch sie versorgen. Die Kosten des Umbaus sind auf 101 Millionen Mark berechnet.

× **KurzeChronik** Der neue österreichische **Bade- und Desinfektionszug** darf besonderes Interesse beanspruchen, weil er eine der vollkommensten Einrichtungen dieser Art darstellt. Der Zug, der zum Gebrauch der im Felde stehenden Soldaten bis in das Kampfgebiet vorgeschoben werden kann, besteht aus 2 Wasserwagen von zusammen 50 Tonnen Inhalt, 1 Auskleidewagen, 2 Badewagen mit 30 Brausen, 2 Ankleidewagen, 4 Magazinwagen für reine Wäsche und Monturen, 1 Magazinwagen für die abgelegten und zu entseuchenden Wäsche- und Uniformstücke, 2 Desinfektionswagen und 1 Wagen mit Schlafstellen für das Bedienungspersonal. Der Badezug wird von 2 Lokomotiven geführt, die gleichzeitig Dampf für die Heizung der Wagen, für die Erwärmung des Badewassers und für die Entseuchung liefern. Innerhalb 10 Stunden können 1200 Mann ein Brausebad nehmen; inzwischen lassen sich Wäsche und Uniformen vollkommen entseuchen. In kurzer Zeit sollen noch 3 solcher Züge in Dienst gestellt werden. × Die vielbegrüßten Motorschlitten haben nach Shackletons und Scotts Berichten gerade da versagt, wo sie ihre Hauptanwendung finden sollten. Da bei den Motoren Wasserkühlung nicht anwendbar ist, ist man auf Luftkühlung angewiesen, die aber wegen der geringen Geschwindigkeit der Fahrzeuge nicht genügend wirkt.